

**seduta n. 124 del 8 luglio 1997**

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

(ore 10.13)

**PRÄSIDENT**: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Pahl, Tosadori, Tarfusser, Leitner und Frick.

Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(verliest das Protokoll)  
(segretario):(legge il processo verbale)

**PRÄSIDENT**: Sind Bemerkungen zum Protokoll? Ich sehe keine, dann ist das Protokoll genehmigt. Ich komme jetzt zu den Mittellungen:

Am 10. Juni 1997 hat der Regionalausschuß den Gesetzentwurf Nr. 92: „Neue Bestimmungen über das Personal der Gemeinden“ eingebracht.

Mit Schreiben vom 11. Juni 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Bolzonello mitgeteilt, daß er die Anfrage Nr. 317 zurückzieht.

Die Gemeinden von Taio, Ragoli und Sarnonico haben den Regionalrat ersucht, die Änderung des Wahlrechtes in der Region Trentino-Südtirol voranzutreiben.

Am 1. Juli 1997 haben die Regionalratsabgeordneten Sergio Divina, Lelio Boldrini und Maurizio Tosadori den Beschlußantrag Nr. 184 betreffend den Antrag auf Fernhaltung der reuigen Mitarbeiter der Justiz („pentiti“) von Trentino-Südtirol eingebracht;

Am 1. Juli 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Domenico Fedel den Gesetzentwurf Nr. 93 „Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates,, eingebracht. Mit Schreiben vom 3. Juli 1997 hat er beantragt, daß der Gesetzentwurf im Dringlichkeitswege behandelt werde.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

- \* die Anfrage Nr. 321, eingebracht von den Abgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Absicht des Regionalausschusses Räumlichkeiten in Bozen für den Sitz des Regionalrates anzukaufen;
- \* die Anfrage Nr. 322, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend „Jenen Park von Tretter....“;

- \* die Anfrage Nr. 323, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Kury und Zendron, betreffend die Übernahme eines Amtes durch Dr. Oskar Peterlini in den Führungsorganen des „Regionalen Rentenfonds“;
- \* die Anfrage Nr. 324, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco, betreffend das lebensgefährliche Anhalten auf der A22;
- \* die Anfrage Nr. 325, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Benützung von Räumlichkeiten durch ehemalige Bedienstete der Region, die in den Ruhestand versetzt worden sind; diese Räumlichkeiten befinden sich in jenem Teil des Regionalgebäudes, der den Ämtern der Verwaltung vorbehalten ist;
- \* die Anfrage Nr. 326, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Lelio Boldrini, Sergio Divina und Maurizio Tosadori, betreffend die Unvereinbarkeit mit dem Amt eines Gemeindeassessors;
- \* die Anfrage Nr. 327, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco, betreffend die Anbringung von Lärmschutzwänden mit Sonnenkollektoren an der Brennerautobahn;
- \* die Anfrage Nr. 328, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tarfusser und Leitner, betreffend die Lage des Personals und der Insassen des Gefängnisses von Trient.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- \* die Anfrage Nr. 293, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend das Recht auf Information: Tonbildzeitschriften für Blinde;
- \* die Anfrage Nr. 296-bis, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Entscheidung des Regionalausschusses, Zeitungen, Presseagenturen und Fernsehanstalten für die Verbreitung der Information über die institutionelle Tätigkeit der regionalen Gremien in Anspruch zu nehmen;
- \* die Anfrage Nr. 298, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend der Antrag auf eine vollständigere Beantwortung der Anfrage Nr. 298 vom 14.03.1997;
- \* die Anfrage Nr. 312, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tarfusser und Leitner, betreffend die vom Regionalausschuß vorgenommene Übermittlung des Gesetzentwurfes über die Wahl des Regionalrates und des Begleitbriefes, der nur in italienischer Sprache verfaßt war, an die Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, Gewerkschaften und sämtliche Vereinigungen;
- \* die Anfrage Nr. 315, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend das Ersatzpersonal des Regionalausschusses;
- \* die Anfrage Nr. 316, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Messner, betreffend die vom Regionalausschuß vorgenommene Übermittlung des Gesetzentwurfes über die Wahl des Regionalrates und des Begleitbriefes, der nur in italienischer Sprache verfaßt war, an die Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, Gewerkschaften und sämtliche Vereinigungen;
- \* die Anfrage Nr. 318, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Überstundenarbeit beim Regionalausschuß. Hat Präsident Grandi ein

Kabinettsamt mit unterbesetztem Stellenplan oder setzt er das Personal für unrechtmäßige Arbeiten ein?

- \* die Anfrage Nr. 320, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo, betreffend den vom Regionalassessor für örtliche Körperschaften eingebrachten Regionalgesetzentwurf über das Arbeitsverhältnis der öffentlichen Bediensteten der örtlichen Körperschaften - Übernahme des Staatsgesetzes Nr. 421/92;
- \* die Anfrage Nr. 321, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Absicht des Regionalausschusses eine Liegenschaft in Bozen für den Sitz des Regionalrates anzukaufen;
- \* die Anfrage Nr. 322 vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend "Jenen Park von Tretter" ..

Der Text der Anfragen Nr. 293, 296-bis, 298, 312, 315, 316, 318, 320, 321 und 322 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Jetzt muß ich euch noch mitteilen, was die Fraktionssprecher heute vormittag beschlossen haben. Wir haben beschlossen, den Gesetzentwurf über die Gemeinden aus Dringlichkeitsgründen auszusetzen, damit wir den Haushalt noch rechtzeitig unter Dach und Fach bringen und mit den institutionellen Gesetzen über die Rechnungslegung des Ausschusses und entsprechenden Haushaltsänderungen, mit der Rechnungslegung des Regionalrates und den entsprechenden Haushaltsänderungen und mit den angeschlossenen Personalmaßnahmen beginnen können. Diese müssen möglichst bis morgen Nacht - Mittwoch Nacht - abgeschlossen werden, d.h. wir planen Mittwoch eine Nachtsitzung und fahren dann am Donnerstag und Freitag mit der Behandlung der Gesetzentwürfe fort; natürlicherweise beenden wir zuerst den Gesetzentwurf, den wir unterbrochen haben, bzw. den Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung. Ich mache nur einen Vorbehalt über die Nachtsitzung. Sollten wir am Mittwoch Abend feststellen, daß es keine Chance gibt, Mittwoch Nacht fertigzumachen, dann müssen wir die Nachtsitzung auf den Donnerstag verschieben. Das ist der einzige Vorbehalt. Wir hoffen aber, daß wir bis Mittwoch einschließlich Nachtsitzung diese Haushaltsgesetze verabschieden haben.

Abgeordneter Pinter, bitte zum Fortgang der Arbeiten.

**PINTER:** Signor Presidente, lei ha detto che la Conferenza dei Capigruppo ha deciso di sospendere il punto n. 2 e di anticipare i provvedimenti relativi al bilancio, la Conferenza dei Capigruppo, ha solo espresso un orientamento che deve essere ratificato dall'aula, quindi chiedo che venga votata l'eventuale sospensione del punto n. 2, perché sono e rimango dell'avviso che l'ordine del giorno debba essere rispettato. Dopo il nuovo regolamento ci troviamo già a fare saltare l'ordine del giorno originario, pertanto chiedo che almeno questa responsabilità se la prenda l'Aula e non la Conferenza dei Capigruppo e che si voti l'eventuale sospensione del punto n. 2, perché rimarrei dell'avviso che è importante terminare il disegno di legge n. 86, del quale siamo in piena discussione.

**PRÄSIDENT:** Das geht in Ordnung, Abgeordneter Pinter. Wir stimmen jetzt darüber ab.

Wer mit dem Vorschlag des Präsidenten, abgestimmt mit den Fraktionssprechern, einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Wer stimmt dagegen? Ich bitte Platz zu nehmen, wir können sonst nicht zählen. 16 Gegenstimmen. Enthaltungen? Bei 3 Enthaltungen, 16 Gegenstimmen und den Rest Ja-Stimmen ist der Antrag genehmigt.

Was den Punkt 1 der Tagesordnung betrifft, Rücktritt des Abgeordneten Muraro und dessen Ersetzung in der Gesetzgebungskommission... Da müssen wir den Abgeordneten Muraro bitten, so schnell wie möglich einen Vertreter seiner Gruppe vorzuschlagen und dann schieben wie ihn ein.

Ich bitte den Präsidenten Grandi um Verlesung des Begleitberichtes zum Gesetzentwurf 86.

**GRANDI:**

## **RELAZIONE**

A termini dell'art. 61 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 recante norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione, con l'unito disegno di legge si sottopone all'approvazione del Consiglio il Rendiconto generale dell'esercizio finanziario 1995, parificato dalla Corte dei Conti, a sezioni riunite, nell'adunanza del 19 luglio 1996.

I risultati della gestione 1995 vengono, nel rispetto del vigente ordinamento regionale, qui di seguito sommariamente illustrati, mentre si rinvia, per un più dettagliato esame della gestione stessa, alle note preliminari del conto del bilancio e del conto del patrimonio allegate al rendiconto in questione.

### **LA GESTIONE FINANZIARIA**

Il rendiconto generale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1995 espone in termini di competenza entrate accertate per 306,9 miliardi di cui 243,8 miliardi sono entrate tributarie e 63,1 miliardi sono entrate extratributarie.

Le spese hanno superato nel 1995 i 341 miliardi in termini di impegni, di cui 285 per il Titolo I e 56 per il Titolo II.

Per la competenza si registra quindi un disavanzo di gestione pari a 34,5 miliardi.

Le economie di spese a fine esercizio sono pari a 41,4 miliardi di cui 30,2 di parte corrente e 11,2 in conto capitale.

La gestione di cassa si sintetizza in riscossioni per 505,7 miliardi, di cui 109,1 in conto competenza e 396,6 in conto residui e pagamenti per 514,3 miliardi di cui 291,2 in conto competenza e 223,1 in conto residui, con una differenza passiva di 8,6 miliardi.

Considerando la giacenza dell'esercizio precedente (22,1 miliardi) il fondo cassa esistente al 31 dicembre 1995 risulta quindi pari a 13,5 miliardi.

Nel conto dei residui le somme rimaste da riscuotere alla chiusura dell'esercizio ammontano a 345,9 miliardi, (633,1 miliardi nel 1994) mentre quelle rimaste da pagare sono pari a 169,7 miliardi (367,8 nel 1994).

La gestione si chiude quindi, con una eccedenza attiva di 189,7 miliardi, inferiore di 97,8 miliardi a quella accertata alla chiusura del precedente esercizio (287,5 miliardi).

## CONTO GENERALE DEL PATRIMONIO

Per quanto concerne il "conto del patrimonio" la gestione relativa al 1995 ha prodotto una diminuzione nella consistenza patrimoniale di quasi 86,3 miliardi. Infatti l'eccedenza delle attività sulle passività, che all'inizio dell'anno era pari a 748,8 miliardi è di 662,5 miliardi al termine dell'esercizio.

**PRÄSIDENT:** Man hört nichts, weil es zu laut ist. Ich bitte den Abgeordneten Ianieri, dem Präsidenten der 2. Kommission, den Bericht zu verlesen.

**IANIERI:**

### R e l a z i o n e

La II<sup>a</sup> Commissione legislativa ha esaminato, nelle sedute del 18 ottobre 1996 e del 29 aprile 1997, il disegno di legge n. 73, concernente "Rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1995", presentato dalla Giunta regionale.

A conclusione dell'esame del provvedimento contabile il Presidente della Commissione, nell'espone le proprie considerazioni, ha rilevato come la Regione nell'esercizio 1995 si sia arroccata in una posizione di inerzia e di attesa, limitandosi alla ordinaria amministrazione, senza peraltro raggiungere gli obiettivi postisi, dato che sono rimasti inutilizzati interi capitoli di spesa, ivi compreso quello previsto per la copertura di provvedimenti legislativi.

Di conseguenza una simile gestione, ha proseguito il Presidente Ianieri, ha portato ad un peggioramento della situazione patrimoniale, derivante dall'eccedenza delle attività alle passività.

Il cons. Gasperotti dal canto suo ha posto in evidenza come l'ente Regione presenti al cittadino un quadro negativo di se stesso, data l'inoperosità della Giunta regionale, che avrebbe potuto agire assai efficacemente nell'ambiente sociale, ma che ha preferito rimanere politicamente assente, deludendo precise aspettative della popolazione.

La Commissione non ha espresso peraltro altri giudizi, ma con la susseguente votazione non ha approvato nel suo complesso il disegno di legge, essendosi espresso a favore il

cons. Alessandrini, contrari i cons. Bolzonello, Gasperotti e Leitner, mentre i cons. Feichter, Kury e Ianieri si sono astenuti.

Si rimette pertanto il provvedimento all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abgeordneter Ianieri. Damit eröffne ich die Generaldebatte zur Rechnungslegung.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ**: Meine Stellungnahme zu dieser Rechnungslegung muß ich mit Verwunderung eröffnen. Wenn selbst die Mitglieder der Mehrheit dieser Rechnungslegung nicht zustimmen können...

**PRÄSIDENT**: Ich muß euch mitteilen, daß uns leider die Firma die Testlautsprecher wieder weggenommen hat. Bis jetzt die endgültigen kommen, sind wir wieder in diesem miserablen Zustand, daß man nichts hört. Wir hatten vorher eine Verstärkung da oben anbringen lassen, aber das war nur eine Probe und jetzt müßten die endgültigen Lautsprecher montiert werden. Leider haben sie uns in der Übergangszeit die Testlautsprecher weggenommen, anstatt sie uns zu lassen. Somit bitte ich alle um Verständnis und um ein bißchen Ruhe, sonst hört man nichts.

Bitte, Frau Abgeordnete.

**KLOTZ**: Ich möchte meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, daß offensichtlich selbst die Mehrheitsmitglieder nicht für die Rechnungslegung stimmen können. Wie soll man dann erwarten, daß beispielsweise wir, Angehörige der Opposition, dafür stimmen, wenn man sich dieses Ergebnis in der Kommission ansieht, wo es anscheinend nur eine einzige Stimme dafür gegeben hat, nämlich jene vom Abgeordneten Alessandrini? Das andere Mehrheitsmitglied hat sich nämlich nur der Stimme enthalten, d. h. er hat eine schwerwiegende Skepsis dieser Rechnungslegung gegenüber aufgebracht. Dann verwundert es mich, daß das anscheinend die einzigen Mehrheitsvertreter gewesen sind, die bei den Arbeiten in der Kommission anwesend waren. Demnach wären nur Alessandrini und Feichter von der Mehrheit gewesen: davon hat einer zugestimmt und der andere hat sich der Stimme enthalten. Die Gegenstimmen überwiegen, bzw. jene der Abg. Bolzonello, Gasperotti, Leitner, die das entsprechend begründet haben werden. Dann gab es noch die Enthaltungen der Kollegin Kury und des Kommissionsvorsitzenden Ianieri. Ich muß ehrlich sagen, daß ich in meinen bisherigen 14 Jahren Tätigkeit in diesem Regionalrat ein solches Ergebnis noch nie erlebt habe. Wenn das kein Mißtrauensantrag gegen die Regierung ist, dann weiß ich nicht was man sonst noch als Mißtrauensantrag bezeichnen kann! Die Rechnungslegung 1995 ist nicht genehmigt, die Mehrheit selbst ist davon nicht überzeugt, weil - wie wir hier lesen - der Überschuß der Aktiva ( also die Gelder, die nicht genutzt worden sind ) derart hoch sind, daß es fast ein Defizit für die ganze Verwaltung gewesen ist.

Wenn man sich die Zahlen genauer ansieht, dann muß man in der Tat feststellen, daß das alles fast nicht zu glauben ist: Einnahmerückstände der Finanzgebarung 1994 396 Milliarden Lire. Insgesamt hat die Region 600-700 Milliarden jährlich im Haushalt. Man kann davon ausgehen, daß also die Hälfte oder mehr als die Hälfte davon nicht ausgegeben worden ist. Wie ist so etwas möglich? Wir haben darüber bei jeder Haushaltsdebatte geredet. Die Sozialmaßnahmen, also das Familienpaket, die Hausfrauenrente wurde hier angesprochen, die eben nicht gegriffen haben und die man als derartige Neuerung hier gebracht hat. Frau Franzelin hat damals vom schönsten Tag ihres Lebens gesprochen. Wir hatten von Anfang an gesagt, daß ist eine gute Mittelstandsförderung, aber diejenigen, die das wirklich brauchen, fallen durch das Raster, weil eben eine ganze Reihe von Leuten nicht die 1,2 oder 1,3 Millionen jährlich aufbringen können, um die entsprechende Beitragszahlung zu zahlen. Aber das hatten wir von Anfang an gesagt. Diese Summe ist aber von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu sehen, nicht nur die fehlenden Sozialinvestitionen, sondern eine ganze Reihe von anderen Investitionen und so ergibt sich eben der Finanzüberschuß. Bei Abschluß der Finanzgebarung 1995 wird ein Betrag von 189 Milliarden Lire, also fast 200 Milliarden Lire, festgestellt, wie aus den nachstehenden Angaben hervorgeht.

Ich möchte hier nur sagen, daß wir natürlich im Jahre 1995 auch im Zusammenhang mit dem Haushaltsvoranschlag eine ganze Reihe von politischen Anmerkungen hier gebracht haben. Wir haben nicht nur über die Rolle der Region gesprochen, wo wir auch damals mit der Volkspartei insofern übereinstimmten als wir sagten, die Region solle abgeschafft werden und man solle endlich die Kompetenzen auf die beiden Länder übertragen. Nun sehen wir, daß sich die Lage aufgrund der Ergebnisse, die auch mit Hilfe der Südtiroler Volkspartei oder im Beisein der Südtiroler Volkspartei in der sogenannten Zweikammernkommission erzielt wurden, nicht verbessert, sondern eher noch verschlechtert hat. Auch in diesem Lichte ist die Rechnungslegung 1995 zu sehen, weil wir ja damals, so wie Südtiroler Volkspartei uns immer wieder weismachen wollte, gewisse Hoffnung gehegt haben, die Mehrheit könnte tatsächlich irgendwann Ernst machen und entweder aus der Region ausziehen oder zumindest die politische Entwicklung mit Hilfe der Regierungsunterstützung in Rom, die von der Südtiroler Volkspartei ja immer wieder mit unterstützt wurde, beeinflussen. Das Vertrauen wurde immer wieder ausgesprochen; selbst der Berlusconi-Regierung wurde das Vertrauen ausgesprochen. Da hätte man sich erwarten können, daß das irgendwann einmal zu einem politischen Ergebnis führt. Das Ergebnis war vor zwei Wochen eine wir wissen nicht ob getäuschte oder echte Riesenenttäuschung. Wenn sie echt war, dann bedeutet das, daß man bis jetzt keine Realpolitik betrieben hat oder diese Enttäuschung ist gespielt und dann bedeutet das, daß man das Volk an der Nase herumführt. Wenn man von vornherein weiß, daß man nichts erreichen kann, dann darf man auch keine entsprechende Erwartungshaltungen einnehmen und darf auch nicht dem Volk weismachen, daß man weiß Gott was verändern werde könne, um nachher die Tiefenttäuschungen zu spielen. Hier muß man sagen, ist die Politik der Mehrheit, die auch von der Südtiroler Volkspartei wesentlich mitbestimmt wird, nicht glaubwürdig. Aber auch die Verwaltungspolitik ist nicht glaubwürdig; wenn man die Region wirklich

erhalten will, wenn man also wirklich davon ausgeht, daß diese Region wichtig ist, dann kann man auf der anderen Seite wirklich nicht verstehen, wie es zu solchen Finanzüberschüssen kommen konnte. Das bedeutet hier, daß Abgeordneter Ianieri Recht hat, wenn er in seinem Bericht schreibt, daß man hier eine Politik des Abwartens geübt hat. Des Abwartens worauf? Welche politische Entscheidungen haben verhindert, daß man das zur Verfügung stehende Geld nicht ausgegeben hat? Das möchten wir hier einmal wissen! Man hat uns zwar immer wieder gesagt, wir warten auf neue Sozialkompetenzen, wir warten auf eine veränderte Situation in diesem oder jenem Bereich. Ja, aber dann muß ich eben das Geld für die Maßnahmen einsetzen und sonst darf ich auch nicht zu hoch spekulieren, zu hoch pokern.

Weder von der politischen Erwartungshaltung her, noch von der Finanzgebarung her, verdient diese Rechnungslegung unsere Unterstützung. Ich möchte mit dieser Überlegung abschließen: Nicht einmal die Mehrheit traut dieser Rechnungslegung.

**PRÄSIDENT:** Danke, Frau Abgeordnete Klotz. Wer meldet sich weiter zu Wort zum Rechnungsabschluß?

Bitte, Abgeordneter Pinter.

**PINTER:** Grazie, Presidente. Ho cercato di capire, non soltanto nel documento di rendiconto presentato dalla Giunta, ma soprattutto nella relazione della Corte dei Conti, quali fossero i rilievi avanzati ad una gestione di bilancio che ha notoriamente, come qualsiasi gestione del bilancio della nostra Regione, alcuni dati assolutamente anomali, relativi alla eccedenza attiva nell'esercizio di bilancio.

E' stato ricordato, anche in altri interventi, che di fatto anche se il documento di bilancio è regolare da un punto di vista contabile, da quello politico denuncia la situazione relativa alla sostanziale incapacità da parte della Regione di disporre puntualmente e soprattutto delle proprie risorse finanziarie. In altre parole, delibera nel bilancio di previsione degli stanziamenti che poi non giungono mai a completamento, perché evidentemente sono stanziamenti che di fatto non tengono conto di reali esigenze, ma rispondono più che altro ad invenzioni contabili per dimostrare che le risorse del bilancio della Regione sono necessarie e che tutte le risorse rispondono a dei bisogni reali della realtà regionale.

Di fatto ancora una volta questo rendiconto dimostra che i finanziamenti a disposizione della Regione sono eccessivi rispetto alle proprie esigenze, oppure che le competenze della Regione sono troppo insufficienti per determinare un pieno utilizzo delle risorse finanziarie, potete vederla da una parte o dall'altra, dico che senz'altro la Regione ed in particolare la Giunta regionale devono inventarsi ogni anno delle nuove previsioni di spesa per poter allocare le risorse finanziarie che le sono state ridistribuite dallo Stato, altrimenti effettivamente dovrebbe denunciare già in bilancio di previsione un avanzo eccessivo che metterebbe in discussione la titolarità della Regione rispetto alle risorse finanziarie che le sono trasferite.

Nella relazione della Corte dei Conti, poi, pensavo ed immaginavo che fosse evidenziato in modo puntuale questa incapacità di spesa da parte della Regione, di fatto abbiamo una relazione contabile modesta, del tutto contabile, quindi descrittiva dei fatti, ma non capace di dare una lettura critica. Ero abituato a delle relazioni della Corte dei Conti soprattutto a livello nazionale che in qualche modo evidenziavano alcune contraddizioni, incongruenze, alcuni sprechi da parte della pubblica amministrazione; qui sembrerebbe di capire che la Corte dei Conti in sezioni riunite si limita ad un'elencazione, ripeto, delle vicende contabili della nostra Regione.

Allora credo che effettivamente chi ha posto in sede di Bicamerale la necessità di riformare la Corte dei Conti, abbia posto un problema abbastanza corretto, perché se l'operato della Corte dei Conti non riesce ad entrare nel merito di un controllo di gestione, cioè quindi non tanto di una invasione delle competenze politiche della Regione, quindi non tanto rilievi sulle destinazioni delle spese, ma quanto sul fatto che le stesse raggiungano gli obiettivi che sono fissati a livello legislativo, quindi li raggiungano nei tempi e modi dovuti e con efficienza ed efficacia dell'intervento della pubblica amministrazione. Di fatto questi rilievi non vengono fatti, eppure si può dedurre da una serie di dati del rendiconto che indubbiamente alcuni capitoli di bilancio non sono stati utilizzati nel modo previsto, nelle quantità finanziarie previste e non sono soprattutto stati utilizzati per raggiungere i risultati che erano prefissati.

Credo che il problema di questo rendiconto si ripeterà anche nei prossimi, anzi credo che quando vedremo i rendiconti del 1996 e 1997 saranno ancora più significativi, perché le nuove previsioni rispetto alla previdenza integrativa, alle spese di stanziamento per le IPAB per ristrutturazione, nonché alle spese per il 'pacchetto famiglia', troveranno ancora una volta una Regione incapace di utilizzare le risorse che ha a disposizione e quindi questo non farà che rafforzare l'idea che molti si sono fatti di un ente che difende il proprio ruolo, senza avere le capacità di esercizio di questo ruolo, in altre parole - ripeto - trovandosi a disposizione una quantità di risorse che non riesce ad avere l'intelligenza e la puntualità per poterne disporre, quindi dal punto di vista politico un voto sul rendiconto è una questione del tutto relativa, se volete anche insignificante, perché comunque potrebbe essere un atto di giudizio politico nei confronti dell'operato della Giunta della Regione, però credo sia molto più significativo il provvedimento di assestamento o il provvedimento di previsione del bilancio da un punto di vista politico.

Qui, ripeto, non si fa altro che fotografare una situazione, ma senza che la Giunta regionale di questa fotografia si sia preoccupata di trarre delle valutazioni o delle considerazioni, in altre parole non mi pare che la Giunta si preoccupi del fatto che non è in grado di spendere le risorse che ha a disposizione e soprattutto che non è in grado di spenderle in modo tale da ottenere dei benefici per la popolazione della Regione e quindi di avere una certa qualità nel proprio operato.

Concludo il mio intervento dicendo che ancora una volta questo rendiconto conferma che la Regione si ritrova ad avere troppi soldi e di non avere la capacità nemmeno di spenderli, quindi non posso che esprimere, almeno da un punto di vista di formale dissenso politico, un voto di contrarietà.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Gasperotti hat das Wort.

**GASPEROTTI:** Grazie, Presidente. Come ho già avuto modo di dire in Commissione, il disegno di legge 'Rendiconto generale dell'esercizio finanziario 1995' mette in evidenza due fattori fondamentali per la gestione sia politica che amministrativa della Regione ed evidenzia soprattutto le incapacità di chi è incaricato da questa Assemblea quando si è votata la composizione della Giunta a svolgere queste funzioni. Il progetto politico di questa Regione diventa quello di una macchina che non funziona, che non dà risposte e che non produce beneficio per le popolazioni residenti in questa Regione, non c'è alcun beneficio del vostro operare sul territorio, dico nessun beneficio, perché è già un modo di esprimersi benevolo, si può dire che voi state recando danno alle popolazioni residenti su questo territorio per la vostra inefficienza ed incapacità, questa è la Giunta regionale, espressione politica ben nota, non riesce a rispondere nemmeno al consumo del denaro a disposizione per produrre le azioni minime necessarie per dare risposte certe e sicure alle nostre popolazioni, questo è il risultato. Si vuole invece trasformare questa vostra incapacità in una incapacità dell'Assemblea regionale di conoscere, di progettare e di presentare disegni di legge che valgano alle risposte ed ai bisogni delle nostre popolazioni, questo è un progetto politico che ora rispetto al 1995 è anche sostenuto da parte delle sinistre trentine e che dimostra quanta prigionia c'è attorno al progetto principale del SVP, che è quello di chiudere l'Assemblea regionale. Anche in queste settimane si nota questo tipo di prigionia, mi stanno anche umiliando, da trentino, devo dire il vero, questi rappresentanti della Giunta provinciale di Trento che vengono a chiedere con il cappello in mano 'grazie alla Giunta o al SVP', stanno umiliando il Trentino e nel momento delle elezioni risponderà a questi soggetti, che umiliano la popolazione trentina, in maniera positiva, vedrete, anche a quelli che siedono al tavolo della Giunta provinciale di Trento, e questi avranno la risposta, perché l'elettorato...

Signor Presidente, chiedo il suo intervento! Non è colpa nostra!

*(interruzione)*

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** La interrompo brevemente. E' chiaro che il richiamo all'aula lo continuo a fare. E' un fatto di maleducazione: quando parla un collega si dovrebbe fare silenzio o uscire dall'aula.

Ricordo ai colleghi consiglieri che in Aula non si usano i telefonini, se dovete telefonare, uscite dall'aula.

Mi scusi di questa interruzione, collega Gasperotti. Prego.

**GASPEROTTI**: Come dicevo, in questo ultimo periodo stiamo assistendo al secondo atto di questa scena drammatico-comica, che è quella di venire a chiedere in sede politica, non istituzionale, da parte della Giunta, e quindi dei partiti che rappresentano la Giunta provinciale di Trento, al referente di maggioranza della Provincia di Bolzano per avere il consenso rispetto alle riforme istituzionali che giovano solo a qualcuno, a questo punto mi chiedo se non siano anche finanziati da qualcuno per sostenere queste cose.

Torno al bilancio del 1995. La scena amministrativa nazionale e il contesto europeo vogliono che anche attraverso l'accordo di Maastricht da noi contestato per il suo progetto unidirezionale verso solo la parte economica...

*(interruzione)*

**GASPEROTTI**: Aspetto che escano il Presidente e il Vicepresidente di Trento, perché stanno disturbando l'aula.

*(interruzione)*

**PRESIDENTE**: Non richiamo lei, richiamo l'aula.

**GASPEROTTI**: Dicevo che il contesto europeo e gli accordi di Maastricht hanno imposto una velocità e un risparmio sull'economia di tutti i Paesi per raggiungere obiettivi che sono esclusivamente economici, da noi criticati fortemente perché sono esclusivamente economici, per raggiungere la moneta unica europea. Tutti devono fare la propria parte, si dice, quindi viene chiesto in primo luogo ai più vicini, ai più comodi referenti, a quelli che si possono subito raccogliere, i denari sufficienti per sanare sia il debito pubblico che l'entrata nei criteri di Maastricht. Allora si parla di rimessa in discussione delle pensioni, dello stato sociale, c'è bisogno di dare una ridimensionata alla spesa pubblica, l'intervento nel settore economico è visto da tutti, la disoccupazione ha superato il 12%, tutto è l'effetto Maastricht.

In questo contesto - e non siamo molto lontani, nel 1995 - la Regione Trentino-Alto Adige non riesce a spendere i propri denari, perché non lavora in maniera adeguata, pur avendo a disposizione leggi di finanza, non è perché mancano le leggi, mancano gli indirizzi politici per spendere questi denari. La disponibilità economica c'è ed a questa dovrebbe essere corrisposta sia una capacità di spesa, di gestione, che una capacità politica, che è quella legata al progetto. Vediamo un po' la parte della capacità di spesa: la struttura regionale, e parlo della struttura organizzativa, fin troppe volte è umiliata nel proprio lavoro, fin troppe volte viene usata per motivi politici e non per motivi amministrativi, messa fra l'incudine ed il martello, cioè l'incapacità di decidere e la richiesta del cittadino o delle strutture per avere una risposta ai loro bisogni, quindi questa struttura non ha al suo interno un ottimismo, un riconoscimento della propria attività, eppure costa, perché c'è un costo della struttura che non è da sottovalutare, ma il costo fosse almeno corrisposto da una capacità organizzativa che desse risposte di

efficienza e di capacità di autoriformarsi rispetto alle esigenze ed ai bisogni; questa capacità di autoriformarsi nell'amministrazione pubblica, come nelle altre amministrazioni, anche in quelle private, è determinata molto dalla capacità manageriale e dai dirigenti che ci sono nella struttura, dalla libertà, dal lasciare venire fuori, dal liberare le capacità e le intelligenze interne, invece che opprimerle o, magari, frustrarle.

In questo ambiente di lavoro - il giudizio può essere anche pesante - in questa struttura organizzativa, che è la Regione, non troviamo questa capacità, non c'è al suo interno un ottimismo del lavoro svolto, non c'è una capacità di autoriformarsi per rispondere meglio ai bisogni e alle risposte che devono essere date, quindi non siamo in condizioni ottimali rispetto a chi deve fare funzionare la macchina dal punto di vista operativo. A lasciare anche un po' amareggiati questi lavoratori è l'incertezza del futuro di questi luoghi di lavoro, l'incertezza che si trova nelle attività svolte.

Passo al ragionamento perché dal punto di vista della capacità e dell'organizzazione della struttura non c'è questa velocità nel cambiarsi rispetto ai tempi. L'informatizzazione della Regione non è di molti anni, non siamo stati in grado di vedere - io non sono riuscito a vedere - nemmeno un'immagine positiva tramite i canali dell'informazione, tramite Internet ed altri, trovo l'immagine dei Presidenti, anche la storia e la famiglia, ma ci fermiamo lì, e questo, a quel cittadino australiano che si mette in comunicazione interessa veramente poco, a quel cittadino, a quell'operatore economico interessa conoscere forse qualcosa di più e di diverso, che è riferito all'economia, alla storia, alla politica e ad altro.

Queste sono immagini vecchie di un sistema vecchio di fare informazione e che avrà le risposte negative da parte di chi può nutrire interessi economici e culturali per la nostra Regione, voi non giovate a questo, non si è attivato nessun canale 'intelligente' riferito alla informazione delle attività e della presenza della Regione, quindi questa è una scelta che non è organizzativa, ma politica, non è stato messo in campo quel progetto politico che vede un diverso modo di lavorare anche della struttura nei confronti dell'informazione, vi limitate espressamente a versare delle quote di partecipazione ad enti ed agenzie di comunicazione e con questo vi create un alibi per quanto riguarda le informazioni verso l'esterno.

Questo è un vecchio modo di fare politica, come è vecchia la vostra politica.

Vediamo perché del voto negativo in Commissione del partito di maggioranza relativa. E' un no a questo bilancio del 1995, soprattutto per la parte che riguarda il sociale: non è possibile e questo è umanamente comprensibile, ma politicamente rilevante, che non siano solo i soggetti politici di sinistra che dicono che nel sociale la Regione può fare di più, ma anche lo stesso SVP, almeno per la parte Arbeitnehmer, che reclama maggiori interventi della Regione rispetto all'assistenza e al pacchetto famiglia. Il denaro pubblico che non viene speso è come rubarlo dalle tasche di altri, rubarlo dal mercato, dal possibile moltiplicare di azioni lavorative, assistenziali e sociali della nostra società, voi avete rubato denaro dal mercato, quel mercato che piace tanto a voi, lo avete tenuto nelle casse e lì marcisce, come non va avanti lo sviluppo sociale della nostra Regione, con le disponibilità economiche conosciute.

Allora sul fronte del sociale la risposta all'assistenza per l'anziano non c'è stata, per il pacchetto famiglia non si è ancora preso in mano la questione, che è riferita soprattutto al mondo della donna, e mi riferisco al mondo della donna, perché oggi è quella più umiliata e che ha meno libertà di scelta individuale e non si fa un ragionamento complessivo rispetto allo stato sociale. L'integrazione di questa Regione in questo campo, nel 1995 era nulla.

Le Camere di Commercio sono gestite attraverso un assessorato che cerca di dare giustificazione attraverso l'attuazione di leggi come quella espressa nel 1995, che sono interventi di tipo economico, ma da queste Camere di Commercio, se mi permettete, non escono informazioni sufficienti perché il mondo economico, anche quello giovane e nuovo, quello che vorrebbe esprimere iniziative sul nostro territorio certe e trasparenti, le informazioni delle Camere di Commercio sono date al gruppo di operatori conosciuti, non c'è una divulgazione di massa rispetto alle notizie e alle informazioni necessarie per fare venire o almeno attirare la curiosità di operatori economici sia nuovi che vecchi sul nostro territorio, e guardate che questa efficienza delle Camere di Commercio si vede ed il paragone si può mettere in campo attraverso il confronto di Camere di Commercio come quelle del Veneto o della Lombardia, che esprimono in maniera più precisa le situazioni e le potenzialità del mercato e della produzione interna.

Altra questione: gli interventi di solidarietà internazionale. Non è presente il Vicepresidente Pahl, il quale gestisce un pacchetto notevole di finanza e che viene distribuito attraverso una scelta fatta dalla commissione, voluta dalla Giunta, chiusa alle possibili presenze di soggetti attivi e che ha dimostrato e messo in luce un effetto di mancanza di chiarezza e di trasparenza rispetto a questi finanziamenti, si è lavorato molto nella ex Jugoslavia, ma della ex Jugoslavia si è conosciuto solo una parte, non esistono le altre realtà politiche, esiste solo la Bosnia, abbiamo fatto una scelta di campo, altro che solidarietà internazionale, è una solidarietà di parte, che va verso un singolo e preciso settore politico e non apre a quella necessaria scelta di uguaglianza rispetto ai problemi che sono legati, come nel caso della ex Jugoslavia, alla vita della gente, si è intervenuto, come dicevo, solo in un settore, facendo fare la figura alla Regione, e quindi anche delle organizzazioni presenti sul territorio regionale, di chi ha scelto e si chiama di parte e fuori rispetto alla generalità dei problemi di quelle genti che abitano sul quel territorio.

Altro punto: interventi di integrazione europea. Leggo con interesse questi finanziamenti a società e associazioni che mettono in campo iniziative per l'integrazione europea, poi mi auguro ci siano interventi più approfonditi rispetto a questo tema, ma su questo settore dell'integrazione europea non si è fatto quel necessario intervento che è far capire, promuovere iniziative di massa all'interno della Regione nei luoghi di studio, negli ambienti attenti ed attivi della società, perché questa integrazione europea non sia solo uno scambio di finanze e di denaro pubblico, ma che sia un sentimento, un bisogno e una necessità espressa dalla popolazione tutta. Questo intervento per fare diventare un messaggio preciso e quindi una convinzione precisa delle nostre popolazioni non è stato messo in campo.

Finisco con il ricordare che questa Giunta, che scarica facilmente sulla struttura istituzionale Consiglio regionale la propria responsabilità, gioca una brutta partita, sia dal punto di vista della scelta politica, quella di non voler legittimare ulteriormente questa Assemblea e questa finanza regionale, sia quella di sottrarre - ecco dove ha ragione il collega Pinter riferito alla decisione della relazione della Corte dei Conti - al mercato potenzialità economiche di sviluppo del territorio. Questa responsabilità, che dovrebbe essere colpita anche dal punto di vista penale, non può essere nascosta, il fatto che non si producano effetti rispetto alla spesa è una responsabilità molto grave e che fa capire fino in fondo l'incapacità politica di gestione e di prospettiva di questa Giunta.

Il bilancio 1995, come ho già espresso in Commissione, per me deve essere bocciato e deve essere l'esempio di come non si deve amministrare un'istituzione come quella della Regione, che mantiene i soldi nelle banche e non li distribuisce sul territorio. Mi viene da pensare - e finisco davvero - che non vi siano degli interessi diretti o indiretti presso gli istituti di credito dove giacciono questi fondi, vorrei fosse espresso dalla Giunta se vi sono interessi diretti o indiretti agli istituti di credito presso cui giacciono questi fondi, perché deve essere l'unico vero motivo, non ce ne sono altri per mantenere il denaro pubblico nella cassaforte invece di distribuirlo. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

**BENEDIKTER:** Im sogenannten Bericht des Rechnungshofes für das Haushaltsjahr 1995 steht unter anderem auf Seite 16 des italienischen Textes: am 31. Dezember 1995 waren bei den Friedensrichtern 62 sogenannte Einheiten im Dienst, davon 32 alle von der italienischen Sprachgruppe bei den Friedensrichterämtern der Provinz Trient und 30, davon 13 von der italienischen Sprachgruppe, 16 von der deutschen Sprachgruppe und 1 von der ladinischen Sprachgruppe, bei den Friedensrichterämtern der Provinz Bozen. Ich bringe ja jedes Jahr im Regionalrat vor, voriges Jahr am 20. Juni 1996, daß die Region nicht imstande ist, den Proporz, wie er durch den Artikel 89 des Autonomiestatutes vorgeschrieben wird und durch eine Reihe von Regionalgesetzen, von 1958, von 1960 und von 1968 näher geregelt wird, einzuhalten. Wobei selbstverständlich die deutschen Mitglieder des Regionalausschusses sich dafür einsetzen müßten - und deutsche Mitglieder heißt hier Mitgliedervertreter der Südtiroler Volkspartei -. Wir sind jetzt aber immer noch beim Stand folgender Dinge: Juni 1996 1021 Planstellen, davon durch Italiener besetzt 584, durch Deutsche 206 und durch Ladinern 8. Den Italienern stehen in der Region 64% zu, das sind 655 Planstellen, den Deutschen 34%, das sind 350 Stellen und den Ladinern 2% und das sind 16 Stellen. Ich habe ja vor einem Jahr gesagt, daraus ergibt sich, daß die Italiener nur noch 70 Stellen zu besetzen haben, die Deutschen 144 und die Ladinern noch 8 Stellen. Und am 31. Dezember 1995 sagt der Rechnungshof: 30 Stellen der Friedensrichterämter in Südtirol sind besetzt worden, davon 13 sind der italienischen Sprachgruppe zugeteilt worden, obwohl gemäß Proporz bezogen auf die Provinz Bozen nicht 13 sondern nur 8 Stellen den Italienern hätten zugeteilt werden sollen. Dann steht: 16 sind an die deutsche

Sprachgruppe vergeben worden, obwohl gemäß Proporz es in Südtirol hätten 20 sein müssen. Man hätte sich gedacht, daß wenigstens bei der Besetzung der Friedensrichterstellen der Proporz in den Ämtern in Südtirol hätte eingehalten werden sollen. Ich glaube nicht, daß in Südtirol sich nicht genügend deutsche Bewerber, die selbstverständlich die entsprechenden Voraussetzungen haben, beworben hätten. Hier frage ich wirklich: Was tun die Regionalausschußmitglieder der Südtiroler Volkspartei um dem Proporz, ein elementares Recht der Sprachgruppen, in der Besetzung der Regionalämter in diesem Fall durchzusetzen?

Bei der Region insgesamt sind wir immer noch so weit, daß vor einem Jahr von den 1021 Planstellen die Italiener noch 71 zu besetzen hatten, die Deutschen 144 und die Ladiner noch 4. Aber Tatsache ist, daß der Proporz in der Region für die deutsche Sprachgruppe 34% wäre und besetzt ist nur 24%. Statt 34% sind nur 24% durch Angehörige der deutschen Sprachgruppe besetzt. Ich weiß, es heißt: Ja es bewerben sich zu wenige und wenn sie sich auch bewerben, bestehen sie die Prüfung nicht. Wir wissen ja, es gibt eine eigene Zweisprachigkeitszulage und es gibt die Zulage für den, der in Trient Dienst leistet und auf und ab fährt, die sogenannte Entfernungszulage. Die Zweisprachigkeitszulage und die Entfernungszulage über den eigentlichen Gehalt hinaus machen, glaube ich, ungefähr zwischen einer halben und einer Million aus. Ich habe bei der Gelegenheit auch dagegen protestiert, daß nicht in Südtirol ansässige Bewerber sich als Deutsche erklärt haben und dementsprechend zugelassen worden sind, worauf Assessor Holzer geantwortet hat, es fehle eine entsprechende Regelung. Ich habe ihm dann geantwortet, daß aufgrund des Wortlautes des Artikels 89 des Autonomiestatutes, das Verfassungsgesetz ist, nur in Südtirol die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung vorgesehen ist, aber das ist dem Abgeordneten Holzer ja "Wurscht", deutsch gesagt. Nur wer in Südtirol ansässig ist, kann sich der deutschen Sprachgruppe zugehörig erklären. Eine freie Erklärung also; auch ich könnte mich als Italiener erklären und ein Italiener, ein echter Italiener könnte sich als Deutscher erklären. Die Erklärung ist frei. Sie ist aber nur zulässig für die Ansässigen in Südtirol und nicht für die anderswo in Italien Ansässigen. Wenn ein Italiener aus dem restlichen Staatsgebiet dann in Südtirol ansässig ist, kann er sich auch als Deutscher bei der Volkszählung erklären. Auch wenn er zwischen den Volkszählungen kommt, kann er es tun, indem er sich niederläßt.

Nur in Südtirol ist die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung vorgesehen, so daß nur die in Südtirol ansässigen Bewerber sich zu einer der drei Sprachgruppen bekennen können. Nicht hingegen der, der aus einer anderen Provinz Italiens kommt; er kann sich ja bewerben für eine regionale Stelle, aber erst nach Erhalt der Ansässigkeit kann er erklären: ich gehöre der deutschen Sprachgruppe an und nicht vorher. Das gilt für die Ausschreibungen sei es der Region als auch der Provinzen. Ich stelle fest, daß nach wie vor die Angehörigen der deutschen Sprachgruppe nur 24% der Stellen besetzen, obwohl sie Recht auf 34% hätten und ich weigere mich zu glauben, daß hier sozusagen das System daran Schuld ist, weil so wenige nach Trient ziehen wollen, um zu arbeiten. Ich weigere mich, das zu glauben. Das stimmt nicht mehr, abgesehen davon, daß - wie ich nachgewiesen habe und wie der Rechnungshof festgestellt hat -

man sogar für die Besetzung von Stellen in Südtirol säumig ist, wo es einfach wäre zu sagen, von diesen zweiunddreißig Stellen in Südtirol bei den Friedensrichterämtern trifft es 20 für die Deutschen, 8 für die Italiener und der Rest für die Ladinern und trotzdem sind hier statt 20 nur 16 und statt 8 sind 13 vergeben worden. Ich glaube nicht, daß bei einer Stelle in Südtirol nicht genügend Südtiroler als solche angetreten wären.

Ich stelle fest, daß hier der Regionalausschuß trotz der Gesetze, die wir in diesen 30 Jahren - wo ich Sprecher der Südtiroler Volkspartei im Regionalrat war - durchgesetzt haben, um eben die Besetzung von Regionalstellen durch deutsche und ladinische Bewerber aus Südtirol zu fördern, nicht den Proporz als solchen eingehalten hat. Ich stelle fest, daß die Region diesen Grundsatz nicht eingehalten hat, obwohl sie volles Interesse haben müßte, proporzmäßig Angehörige der deutschen und der ladinischen Sprachgruppe aus Südtirol anzustellen, um sich als Region zu rechtfertigen. Wenn man bedenkt, daß die Region seit 1948 besteht, dann versteht man, daß sie Zeit genug gehabt hat, in den fast 50 Jahren den Proporz irgendwie einzuhalten.

Eine andere Angelegenheit: ihr alle wißt, daß es den Artikel 67 des Autonomiestatutes gibt, wo es heißt, "i beni immobili patrimoniali dello Stato situati nella Regione sono trasferiti al patrimonio della Regione." Und im Artikel 68 heißt es, daß die Provinzen anstelle der Region diese Liegenschaften übernehmen soweit sie ihren Zuständigkeiten entsprechen: "Le province, in corrispondenza delle nuove materie attribuite alla loro competenza, succedono, nell' ambito del proprio territorio, nei beni e nei diritti demaniali e patrimoniali di natura immobiliare dello stato e nei beni e diritti demaniali e patrimoniali della Regione, esclusi in ogni caso quelli relativi al demanio militare, al servizio di carattere nazionale e a materie di competenza regionale." Im Aostatal besteht, wie ihr wißt, die selbe Grundsatzbestimmung wie in Südtirol und auch dieselbe Durchführungsbestimmung, welche festsetzt, daß die Feststellung der abzutretenden Güter innerhalb von 1 oder 2 Jahren nach Inkrafttreten des Autonomiestatutes erfolgt. Damit ist dieser Vorgang abgeschlossen. Im Aostatal sind somit 1990 oder 1991 nur die militärischen Liegenschaften und die für die Verteidigung bestimmten Liegenschaften nicht übergegangen. Das Aostanische Autonomiestatut ist auch 1948 in Kraft getreten und dann war 1 oder 2 Jahre nach Inkrafttreten noch Zeit, diese Feststellung, was überzugehen hat und was nicht, abzuschließen. 1990 oder 1991 hat das Militär gewisse Liegenschaften - ich glaube auch eine Kaserne - zum Verkauf angeboten und Aosta, die Region, hat dann dieses Angebot angefochten und hat vor dem Verfassungsgerichtshof behauptet, daß wenn das Militär gewisse Liegenschaften nicht mehr für die Landesverteidigung braucht, dann müssen diese laut Artikel 5 des Aostanischen Autonomiestatutes übergehen. Der Staat hat dagegen geltend gemacht, daß unmittelbar nach Inkrafttreten des Autonomiestatutes festgestellt worden ist, was überzugehen hat und was nicht und jetzt sind ja so viele Jahre vergangen. Was jetzt freigegeben wird, wird entmilitarisiert und kann daher vom Militär frei angeboten und verkauft werden. Der Verfassungsgerichtshof hat dann mit Urteil vom 10. Oktober 1993, Nr. 383 entschieden, daß dieser Termin, bzw. 1 oder 2 Jahre nach Inkrafttreten des Autonomiestatutes, nur eine Ordnungsfrist ist, aber wenn Liegenschaften, die dem Staate vorbehalten sind, weil sie nationalen Zwecken dienen, frei werden, dann gilt der

Grundsatz, daß sie an die Region übergehen müssen. Was ist geschehen? Das Ministerratspräsidium hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus Mitgliedern des Verteidigungsministeriums, des Finanzministeriums und der Region, und diese haben sich dann geeinigt, daß 143 Liegenschaften - es handelt sich um Kasernen, Straßen, Munitionsdepot, Magazine, Bunker, Schießstände, Unterstände - auf die Region selbstverständlich unentgeltlich übergehen, während 53 Liegenschaften noch beim Staate geblieben sind. Das war die Einigung zwischen der Region und dem Staate und dann sind sie selbstverständlich übergegangen.

Ich weiß, daß da der Landtag von Bozen ein Gesetz verabschiedet hat, wo das Militär etwa 11 Hektar - aber nicht gratis sondern käuflich - abtritt. Damals hat sich das Land verpflichtet rund 200 Wohnungen für das Militär zu bauen und das nach dem Aostanischen Urteil. Ich habe im Landtag geltend gemacht, daß aufgrund des Artikels 68 des Autonomiestatutes so etwas nicht beschlossen werden durfte, denn dadurch hätte man ja auf das Recht des unentgeltlichen Überganges aller entmilitarisierten Liegenschaften verzichtet und habe auch gesagt, daß sich die Region diesbezüglich einsetzen muß, da der Artikel 68 des Autonomiestatutes besagt, daß alles auf die Region bzw. auf die Provinz überzugehen hat. Die Region und die Provinzen sind berechtigt und beide müssen sich wehren, daß diese entmilitarisierten Liegenschaften auf diese Weise übergehen. Statt dessen hat man dieses Gesetz gemacht, in welchem man diese Liegenschaften käuflich erwirbt und dem Staat etwas zahlt, damit er diese entmilitarisierten Liegenschaften dem Land abtritt - rund 40 Milliarden für 11 Hektar oder so etwas Ähnliches. Ob dann diese Wohnungen, die da gebaut worden sind, dann letztendlich mehr gekostet haben oder nicht, das weiß ich nicht, aber jedenfalls waren es 11 Hektar und 40 Milliarden für - ich glaube - 200 Wohnungen. Man hat dann behauptet, das Urteil gilt zwar für das Aostatal aber nicht für Südtirol. Man kann nachweisen, daß wir denselben Grundsatzartikel wie den Artikel 5 des Aostanischen Statutes haben und deshalb dasselbe geltend machen können.

Man hat mir nicht geglaubt und das Gesetz ist in Kraft getreten, obwohl eigentlich die Zentralregierung dieses Gesetz nicht in Kraft hätte treten lassen dürfen. Dann haben wir das Gesetzdekret vom 11. Jänner 1997 Nr. 3, wo eine Gesetzesbestimmung hineingekommen ist, womit der Artikel 68 bekräftigt worden ist, vielleicht weil auch andere Regionen sich gerührt haben aber nicht unsere Region. Diese Gesetzesbestimmung ist dann auch als Gesetz in Kraft getreten. Damit ist bekräftigt worden, daß diese entmilitarisierten Liegenschaften zum Unterschied vom übrigen Italien im Sinne des Autonomiestatutes unentgeltlich übergehen müssen. Ich habe einen Gesetzesentwurf im Landtag eingebracht womit das damalige Gesetz, das Landesgesetz Nr. 72 vom 20. Dezember 1993 widerrufen wird. Das Urteil vom Verfassungsgerichtshofes war vom 10. Oktober 1991 und somit vor diesem Landesgesetz. Es ist noch nichts geschehen. Das Land sollte sein Gesetz widerrufen, wo entmilitarisierte Liegenschaften käuflich vom Militär erworben werden. Ich möchte dazu nur noch folgendes bemerken: es steht fest, daß das Aostatal im Verhältnis weniger militariserte Liegenschaften hat als Südtirol. Südtirol ist nach Friaul-Julisch-Venetien und nach Sardinien am meisten mit militärischen Liegenschaften bestückt. Wir haben

zwei Verteidigungslinien, die noch unter dem Faschismus gebaut worden sind. Diese Verteidigungslinien werden jetzt selbstverständlich aufgegeben und daher wäre es jetzt schon Zeit, daß auch die Region diesbezüglich ein Gesetz macht, in dem man den Willen bekundet und auch das Recht zur Kenntnis nimmt - und die Artikel 66, 67 und 68 des Autonomiestatutes sind ja da, die brauchen nicht wiederholt zu werden - diese entmilitarisierten Liegenschaften zu übernehmen und soweit der Artikel 68 zutreffend ist, daß die Provinzen sie übernehmen können. Ein solches Gesetz mit Bezugnahme auf das jüngste Staatsgesetz, das ich eben erwähnt habe, wäre gut, um zu bekräftigen, daß die Region ebenso wie die Provinz gewillt sind von diesem Gesetz Gebrauch zu machen.

Ich komme jetzt zur sogenannten Vorsorge. Die Region hat ja die Zuständigkeit, eine ergänzende Zuständigkeit, in Sinne des Artikels 6, was die sogenannte Vorsorge - zum Unterschied zur Fürsorge - betrifft. Für die soziale Fürsorge haben die Provinzen ausschließliche Gesetzgebungsgewalt, während die Region nur eine ergänzende Zuständigkeit für die sogenannte Vorsorge hat. Ich habe anlässlich der jüngsten Regionalgesetze schon Stellung genommen, wo unter dem Titel der Vorsorge bezugnehmend auf den Artikel 6 des Autonomiestatutes alle möglichen Fürsorgemaßnahmen erlassen worden sind, die zum größten Teil Fürsorgemaßnahmen enthalten haben, weil sie nicht durch sogenannte Versicherungsbeiträge finanziert werden, sondern aus dem Haushalt der Region. Und dies obwohl es seit Mitte der 80er Jahre Staatsgesetze gibt, in denen innerhalb der Nationalinstitutes für soziale Vorsorge unterschieden wird zwischen den eigentlichen Vorsorgeleistungen, die durch die Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden, und den sie begleitenden Fürsorgemaßnahmen, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Damals schon ist dieser Grundsatz eingeführt worden und ich habe immer darauf hingewiesen, daß das was die Region mit diesen sogenannten Renten aller Art finanziert, Fürsorgeleistungen sind und nicht in die Zuständigkeit der Region gehört, sondern wenn schon in jene der Provinzen. Die Region kann, wenn sie mehr Geld hat als sie eigentlich für ihre Aufgaben braucht, diese Mittel, die letztendlich für Fürsorgezwecke eingesetzt werden, den Provinzen abtreten. Es sind dann diese Gesetze trotzdem in Kraft getreten, obwohl wir ja wissen, daß diesbezüglich eine umfassende Grundsatzreform unterwegs ist, im Sinne, daß man dem Nationalinstitut für soziale Fürsorge Fürsorgeleistungen, die vom Staat finanziert werden, wegnimmt und sie dem Staat oder den Regionen überträgt; es handelt sich um eine sogenannte echte Reform. Diesbezüglich wissen wir ja, daß es eine Kommission gegeben hat, die diese Leistungen untersucht hat, im besonderen jene des Nationalinstitutes für soziale Fürsorge. Hier kommt es jetzt zu einer endgültigen Trennung zwischen dem, was tatsächliche Sozialversicherung ist und die durch Sozialversicherungsbeiträge finanziert ist und was eben sogenannte soziale Fürsorge ist, wobei in den Entschlüssen, zu denen diese Kommission gelangt ist, drinnen steht, daß dem sogenannten Existenzminimumsystem der Vorzug gegeben werden soll und eine ganz Reihe von sonstigen Fürsorgemaßnahmen, die zum Teil zu Unrecht als Pension benannt werden, abgeschafft werden soll.

Ich komme noch kurz zum Ergebnis der sogenannten Zweikammerkommission - auch wenn die Zeit sehr knapp ist -. Ich glaube, daß der Regionalrat die Vorschläge dieser Kommission bereits zur Kenntnis genommen hat, auch wenn die entsprechende Drucksache vom Parlament noch nicht verteilt worden ist. Die Artikel waren im "Sole 24 ore" veröffentlicht. Ich habe heute schon eine Drucksache aus Rom von der Konferenz der Präsidenten der Regionen und der autonomen Provinzen an alle Gruppensprecher verteilt, weil ich sie zufällig bekommen habe. Ich habe 15 Exemplare auf italienisch und 10 auf deutsch verteilt. Das sind die Stellungnahmen der Regionen. Damit wird der Einheitsstaat, wie er vor der italienischen Verfassung, die 1948 in Kraft getreten ist, bestanden hat, also wie er zuletzt unter dem Faschismus geprägt worden ist, wesentlich wiederhergestellt. Es bleiben die Regionen aufrecht, nur mit wesentlichen Minderungen ihrer Autonomie. Und die Regionen kommen jetzt zum Schluß, daß das was die Zweikammerkommission vorschlägt unannehmbar ist. Die sogenannte berüchtigte Koordinierungsbefugnis wird jetzt verfassungsrechtlich verankert. Die Koordinierungsbefugnis ist für die Regionen mit Normalstatut mit Gesetz von 1975 eingeführt worden, ist dann aber vom Verfassungsgerichtshof in seiner Rechtsprechung auch auf die Regionen mit Sonderstatut übertragen worden. Ich habe da bei einer Tagung in Rom teilgenommen und da hat Herr Palladin das Wort ergriffen, der damals schon Verfassungsrichter war, und ich habe aufgeworfen, daß diese Koordinierungsbefugnis nirgends vorgesehen ist, weder in der Verfassung noch in unserem Autonomiestatut. Koordinierungsbefugnis heißt, daß der Staat mit Gesetzen oder auch mit Verordnungen autonome Befugnisse an sich ziehen kann, wenn es um das nationale Interesse geht. Prof. Palladin hat dann geantwortet, "sì é vero anche noi abbiamo ritenuto che non é scritto nella Costituzione, ma siamo arrivati alla conclusione che si tratta di una facoltà immanente." Er hat dementsprechend bis jetzt - was uns betrifft - in 65 Urteilen gesagt, ja es stimmt aufgrund des Autonomiestatutes hättet ihr Recht; hat aber dann immer in 65 Urteilen dem Staat Recht gegeben. Jetzt wird in diesen von der Zweikammerkommission vorgeschlagenen Artikeln diese Befugnis ausdrücklich als Verfassungsbestimmung verankert, dort wo es heißt, der Staat hat auch die Zuständigkeit „in qualsiasi materia per la tutela di preminenti e imprescindibili interessi nazionali“. Diese sogenannte Koordinierungsbefugnis würde also jetzt verfassungsrechtlich in aller Form verankert.

Dann schreiben die Regionen weiter, daß die Regionen eine Steuerhoheit bekommen sollen, um die Ausübung ihrer Befugnisse zu finanzieren. Was ja auch bedeuten würde: mit dieser Steuerhoheit müßt ihr auskommen und ihr müßt für eure Bevölkerung beschließen, ob die Steuerlast zu groß ist oder nicht. Die Handelskammer von Bozen hat in einem schön gedruckten Heft eine Studie ausgearbeitet, aufgrund welcher hervorgeht, daß wenn wir die Steuerhoheit hätten und wenn wir den ganzen Steuerertrag bekämen, dann müßten wir ohne sonstige staatliche Zuwendung auskommen. Heute heißt es, dieses Subventionssystem, das von Herrn Cerea sehr angeprangert worden ist, soll lieber keine Subventionen - hört man - verteilen und dafür weniger Steuern fordern und das würde dann von der Region bzw. in unserem Falle auch von der Provinz abhängen.

Man hat immer gemeint, daß es keinen Sinn hat, zwei Kammern die letzten Endes die gleiche Zuständigkeit, die selbe Verantwortung haben, aufrecht zu erhalten. Ein Gesetz muß immer von beiden Kammern genehmigt werden, die von der gesamten Bevölkerung gleich gewählt werden. Es muß somit eine zweite Kammer her, die Kammer der Regionen, die aus Vertretern der Regionen besteht, die von den Regionalparlamenten gewählt werden. Nein, in diesem Vorschlag bleibt es beim alten Senat, nur daß er reduziert auf 200 Mitglieder wird. Er wird so wie heute gewählt, jede Bevölkerung der Region wählt 5 Senatoren. Also keine Kammer mit Vertretern der Regionen, die dann in Rom dafür sorgen könnte, daß eben die Regionalautonomien als echte Autonomien vom Staat eingehalten werden und daß der Staat selbst keine Gesetze genehmigt, die in dieser Hinsicht diese Autonomie irgendwie verletzen könnten. Die Regionen sprechen sich also ganz klipp und klar gegen den „Bicamerale“-Vorschlag aus und sagen es muß etwas ganz Neues entstehen. „Le regioni intendono contribuire - steht noch am Ende - con determinazione a realizzare una vera riforma in senso federale dello stato, ricercando le più ampie alleanze con il sistema delle autonomie locali e il più aperto rapporto con l' opinione pubblica. Per questo nelle prossime settimane saranno intraprese varie iniziative, tra cui il convegno organizzato per domani 4 luglio a Firenze e la conferenza federalista dell' 11 luglio a Bologna, dove si aprirà un dibattito che - d'intesa con la Conferenza dei Presidenti dei consigli - prevederà anche un pronunciamento dei Consigli regionali, al termine del quale verranno presentate puntuali proposte al Parlamento costituente“.

Die „Bicamerale“ hat ihren Vorschlag Ende Juni vorgelegt; das heißt bis Ende Juli können die Abgeordneten und Senatoren Änderungsvorschläge zum Vorschlag der „Bicamerale“ einbringen und ab September beginnt die Debatte im Parlament, in der Kammer und im Senat. Das Parlament könnte auch den Vorschlag der „Bicamerale“ ablehnen, so daß der Regionalrat Trentino-Südtirol innerhalb August einen Gegenvorschlag einbringen müßte, wenn er etwas, so wie die anderen Regionen, unternehmen möchte. Ich habe den Vorschlag gemacht, daß das Gruppensprecherkollegium eine Unterkommission einsetzt, um einen Entwurf auszuarbeiten, um dann innerhalb August einen entsprechenden Vorschlag nach Rom zu entsenden, was an sich - glaube ich - schon gut wäre. Die anderen Regionen haben sich vorgenommen, eine Zusammenkunft am 11. Juli in Bologna zu machen, um zu einem Gegenvorschlag, also nicht nur Änderungen da und dort, zu gelangen.

Zum Vorschlag der Zweikammerkommission gehört noch, daß die Regionalgesetze nicht mehr angefochten werden können, aber der Staat sie beim Verfassungsgerichtshof anfechten kann. Das wäre ja ein echter Fortschritt, wenn bei dem Verfassungsgerichtshof die Regionen auch ein Gewicht hätten und dieser z.B. zur Hälfte aus Vertretern der Regionen, die vom Senat der Regionen bestellt werden, zusammengesetzt wäre. Praktisch haben die Regionen heute dort kein Gewicht und wie gesagt, da sind 31 Sachgebiete, die der Staat behält, darunter auch die Wahlgesetzgebung und die Regierungsorgane der Gemeinden und Provinzen. Das Wahlgesetz, das wir da im Begriffe sind, für die Gemeindeordnung neu zu bearbeiten und das Gemeindewahlgesetz würde dem Staate vorbehalten, was die Gemeinden

betrifft; das steht ausdrücklich in diesem neuen Verfassungsgesetzentwurf. Ich werde das bei nächster Gelegenheit noch weiter ausführen.

**Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Wer meldet sich zu Wort? Abgeordnete Kury, bitte.

**KURY:** Danke, Herr Präsident. Wir haben also jetzt die Rechnungslegung aus dem Jahr 1995 vor uns und ich glaube, wenn wir uns genau auf diese Rechnungslegung konzentrieren, was denn die politische Tätigkeit im Jahre 1995 war, dann kommen wir alle hier nicht umhin, festzustellen, daß die Dauerkrise, die die momentane Regionalregierung lähmt und zusammen mit der Regionalregierung auch den Regionalrat lähmt, sich bereits im Jahre 1995 ganz deutlich angekündigt hat.

Erlauben sie mir kurz einen Rückblick darüber abzugeben, worin ich die großen Probleme, die sich im Jahre 1995 angekündigt haben und die jetzt 1997 akut geworden sind, sehe. Ich glaube eines der großen Probleme ist die Visionslosigkeit, die die Regionalregierung seit Beginn dieser Legislatur an den Tag gelegt hat. Ich habe den Eindruck, daß die alte Regionalregierung aber auch die neue absolut nicht die Fähigkeit besitzen, Visionen zu entwickeln, wie die Zukunft der Region mit Leben gefüllt werden könnte. Ich habe den Eindruck, daß man in den Tag hineinlebt und wartet, was aufgrund anderer Initiativen passiert, ohne auch nur im Inneren die Bereitschaft dazu zu haben, sich seriös mit der Zukunft der Region auseinanderzusetzen. Ich denke, es ist auch die Unfähigkeit von uns allen in diesem Saal, aber vor allem auch der Regionalregierung, die hier nicht mit positivem Beispiel vorangeht, zu erkennen, daß sehr viele Bedürfnisse der Menschen im Trentino und in Südtirol ähnliche Bedürfnisse sind. Es ist absurd in der heutigen Zeit anzunehmen, wie die Mehrheitspartei in Südtirol durch ihr tägliches Verhalten scheinbar annimmt, daß man sich in der heutigen Zeit isolieren kann, bzw. zurückziehen kann und nur den eigenen Nabel betrachten kann, also so tun kann, als ob einem der Rest der Welt nichts angehe. Das ist in der heutigen Zeit absurd. Nur wenn wir es schaffen zu entdecken, daß eine Zusammenarbeit, sei es innerhalb der Region als auch über die Grenzen der Region hinweg und aus meiner Sicht im gesamten Alpenbogen, absolut notwendig ist, um die großen zukünftigen Herausforderungen - Stichwort Globalisierung -, aber vor allem auch die Herausforderungen im ökologischen Bereich und die Herausforderungen im sozialen Bereich zu bewältigen. Nur wenn wir das verstehen, werden wir auch die Basis für eine regionale Zusammenarbeit legen können. Ich glaube aber, daß dieses Bedürfnis bzw. diese Erkenntnis beiden Gruppierungen fehlt. Da ist auf einer Seite die SVP in ihrer betonten "Mir sein mir"-Haltung, die einfach auch aufgrund der Machtverhältnisse gewohnt ist, daß alles nach ihrem Gutdünken zu passieren hat und die einfach gewohnt ist, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, um alles zu erreichen und parallel dazu, unfähig ist, Kontakte zu schließen, Gespräche zu pflegen, etwas Gemeinsames in der Zusammenarbeit mit Andersdenkenden zu finden. Ich denke, die SVP hat natürlich ihren ganz großen Anteil

an der mißlichen Lage, in der sich die Region befindet. Auch die SVP kann dem Stereotyp "Auflösen der Region" nichts entgegensetzen, speziell nach dem Vorschlag der Europaregion Tirol „à la SVP“ - und wir wissen, daß das eine äußerst rückwärts gewandte Europaregion Tirol war -. Spätestens seit dem Augenblick, wo diese Europaregion Tirol aufgrund des Einspruches von Wien und Rom gestorben ist, befindet sich die SVP in der Notwendigkeit, einen neuen Schlachtruf zu entwerfen. Ohne Rücksicht auf Verluste reitet sie deswegen dieses Schlachtroß, aber hoffentlich auch wissentlich, daß eine Isolation für Südtirol tödlich wäre.

Ich möchte hier nicht die Trentiner aussparen bzw. jene Gruppierungen vor Kritik bewahren, die an einem Weiterleben der Region interessiert sind. Ich denke, auch jene, vor allem die Trentiner aber auch Gruppierungen in Südtirol, haben es versäumt, hier dem Ansinnen der SVP positive Entwicklungsmodelle entgegenzusetzen. Sie haben es versäumt, hier aktiv zu werden und Gemeinsamkeiten zu pflegen. Auch sie haben sich zurückgezogen auf einen etwas sterilen Verteidigungsstandpunkt, der wenn die psychologische Bereitschaft abhanden kommt, auch langfristig nichts bringen wird. Ich denke, daß von beiden Seiten die psychologische Bereitschaft zumindest Kontakte zu pflegen gegeben sein muß, sonst wird die eine Position und die andere Position, sei es die strikte Abschaffungsposition der SVP als auch die sterile "Wir wollen die Region"-Position nicht fruchtbringend sein. Ich sehe hier die Probleme und ich möchte nun zur Rechnungslegung 1995 zurückkehren und erklären, warum ich hier das schon alles angedeutet sehe, was sich heute als akut herausstellt.

Wenn wir das politische Jahr 1995 betrachten, dann stellt sich heraus, daß die großen gesetzgeberischen Tätigkeiten und die großen Aktionen sich eigentlich dahingehend orientiert haben, den eigenen Verwaltungsapparat und das eigene Überleben zu sichern. Zwei wichtige Gesetze möchte ich herausgreifen, da ist einmal die Neuordnung der Entschädigung für die Regionalratsabgeordneten und dann der Vertrag für die Bediensteten der Region. Diese beiden Tätigkeiten sind im Jahre 1995 gemacht worden, während - ich denke - alles andere was parallel dazu gemacht worden ist, schon sehr in den Hintergrund geht und zum Teil schon kleinkrämerisch ist. Erste Haupttätigkeit des Regionalrates und der Regionalregierung im Jahre 1995 ist die Verwaltung der eigenen Sache und ich denke es ist schon etwas zu kurz gegriffen, wenn man sich damit zufrieden gibt, sich selbst zu verwalten. Wobei hier noch einmal kurz angemerkt sei, daß von unserer Sicht her die Neuordnung der Regelung der Entschädigung für die Regionalratsabgeordneten aus unserem Blickwinkel absolut ungenügend war. Man hat es damals versäumt, wirklich die gesamte Pensionsregelung neu in den Griff zu bekommen und damit tatsächlich für die Zukunft Gelder einzusparen. Während das die Haupttätigkeit im Jahre 1995 war, sind so wichtige Anliegen, die z.B. seit 1992 zu tun gewesen wären - ich denke z.B. an die Neuordnung der Personalordnung, das bekannte Dekret 421 aus dem Jahr 1992 - bis heute liegen geblieben. Es ist bis heute versäumt worden, die Handelskammer der staatlichen Reform anzupassen und es ist eine Klage am Verfassungsgerichtshof anhängig. Damit möchte ich nur sagen, daß man bestimmte Anliegen, also wichtige Anliegen, die in den Kompetenzbereich der Region fallen, bis heute noch nicht übernommen hat. Ganz

abgesehen davon, daß die Gemeinden bis heute umsonst darauf warten, daß man die Lokalkörperschaften neu ordnet, wobei in regelmäßigen Abständen der Assessor Holzer dann sagt: "Ja, man ist dabei da etwas zu machen", aber man wartet umsonst.

Ich möchte auf ein anderes Gesetz hinweisen, das ich positiv empfinde, nämlich das Gesetz das die Verfolgten im Zweiten Weltkrieg den Frontkämpfern gleichstellt. Das ist ein positives Gesetz aus dem Jahr 1995. Allerdings ist die Entschädigung, die ausgezahlt wird etwas beschämend - es sind ganze 60.000.- Lire - Noch beschämender aber empfinde ich die Tatsache, daß die Länder, die Provinzen anschließend nach der Verabschiedung dieses Gesetzes im Jahre 1995 zwei Jahre gebraucht haben, um die Durchführungsverordnung zu verabschieden und daß bis zum heutigen Tag keiner dieser Menschen, die im Zweiten Weltkrieg verfolgt oder aufgrund ihres Widerstandes im KZ gelangt sind, eine Lire gesehen hat. Ich denke, es ist ganz einfach skandalös. Erstens, wenn man bedenkt, um was für eine lächerliche Summe es sich handelt und zweitens wenn man bedenkt, daß es sich hier um Menschen in einem bestimmten Alter handelt, die bis heute umsonst darauf gewartet haben, zumindest eine politische Genugtuung und eine politische Anerkennung für ihren Widerstandskampf zu erhalten und daß man offensichtlich darauf wartet, daß diese Menschen sterben bevor sie diese Genugtuung auch in finanzieller Hinsicht eben erhalten. Dieser Vorwurf gilt hier nicht der Region sondern den beiden Provinzen, die hier ebenso wenig an dieser Wiedergutmachung interessiert sind. Die gesetzgebende Tätigkeit der Regionalrates bzw. die Initiativen des Ausschusses haben sich zum Großteil darauf beschränkt, das eigene Überleben zu sichern.

Allerdings gibt es heute und gab es 1995 bereits Bereiche, in denen die Gelder sehr unverdrossen geflossen sind. Ich nenne die beiden Bereiche, die sich rein vom Titel her sehr positiv anhören, die aber so positiv nicht sind. Da ist einmal der gesamte Bereich der europäischen Integration und der gesamte Bereich der humanitären Hilfe. Beide Begriffe klingen sehr positiv und beide Bereiche sind unumschränkte Domäne des Herrn Pahl, der heute leider abwesend ist. Allerdings kann uns seine Abwesenheit nicht daran hindern - ich hätte es ihm gerne ins Gesicht gesagt - an der Art und Weise, wie in diesem Bereich umgegangen wird, herbe Kritik anzufügen. Was die europäische Integration betrifft, möchte ich nur darauf verweisen, daß wir bereits mit den Zielsetzungen, wie sie im Gesetz verankert waren, nicht einverstanden waren. Es ist damals, bei der Veränderung des Gesetzes zur europäischen Integration, praktisch gesichert worden, daß der Beirat zu einem gefügigen Instrument des Assessors wird und damit also jede Stimme des Widerspruchs ausgeschaltet wird, sowohl was die europäische Integration betrifft als auch was die humanitäre Hilfe betrifft. Wir wissen, daß in beiden Bereichen eine Tagung die andere ablöst, daß Hochglanzbroschüren gedruckt werden, daß die Zielsetzung vielversprechend heißt, man möchte Bürger, die verschiedenen ethnischen Gruppierungen angehören, zu einer Art Zusammengehörigkeitsgefühl erziehen bzw. den zukünftigen europäischen Bürger oder die europäische Bürgerin heran erziehen. Wenn man dann allerdings bedenkt, daß all diese Initiativen unter einem Mann gestartet werden, der in Südtirol sehr wohl daran interessiert ist, daß die Bevölkerung von Südtirol nicht mit so einem Gefühl erzogen

wird, und der sehr wohl daran interessiert ist, Barrieren zwischen den Sprachgruppen in Südtirol aufrecht zu erhalten und sich dann massiv dagegen ausspricht; und wenn man jene Initiativen, die er mit viel Geld im Trentino finanziert - wo es darum geht, die Engländer mit den Spaniern in Kontakt zu bringen - in Südtirol vorschlägt, nämlich die italienischsprachigen Südtiroler mit den deutschsprachigen Südtirolern sei es durch Schulversuche oder durch gemeinsame Ferieninitiativen in Kontakt zu bringen und wenn hier massiver Protest kommt und jegliche Initiative verhindert wird, dann kommen einem halt Zweifel, wie ehrlich das Projekt "Erziehung zum europäischen Bürger" gemeint ist. Ähnliches gilt bei der Verwaltung der hohen Geldsummen, die für die humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, daß international renommierte Organisationen hier sehr scharfe Kritik geübt haben, weil man nicht jene Vereine und Verbände in Krisengebieten unterstützt hat, die tatsächlich Interesse haben, die Schaffung eines langwährenden Friedensprozesses zu sichern. Ich denke, es wäre gerade in Bosnien besonders wichtig, daß man jene Vereine und Verbände unterstützt, die bereit sind, Dialoge mit ehemals verfeindeten Gruppierungen zu pflegen und hier eine Art Neubeginn möglich zu machen. Gerade das wird nicht von unserem sehr verehrten Assessor Pahl unterstützt, sondern hier wird einseitig - das ist nicht unsere Kritik sondern die Kritik der Gesellschaft für bedrohte Völker - Unterstützung betrieben und eine Gruppierung gegen die andere ausgespielt. Insofern sind die Gelder denkbar schlecht angelegt zumal sie genau das Gegenteil bezwecken als sie bezwecken sollten, nämlich Schürung von Eifersucht an Ort und Stelle indem man eine Gruppierung gegen die andere ausspielt statt Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühls und eines Gefühls der Gemeinsamkeit.

Letztendlich noch eine Überlegung: ich finde es aus meiner Sicht einfach beschämend, wenn Anliegen, die eindeutig sozialen Charakter haben oder Anliegen, die zukünftige große soziale Probleme nicht entstehen lassen - und ich rede hier von der Pflegeversicherung - auf die lange Bank geschoben werden. Meines Wissens ist ein Gesetzentwurf zur Lösung des anstehenden Problems der Explosionskosten in der Altersversicherung bereits im Jahr 1995 deponiert worden. Man hat es bis heute versäumt auch nur einigermaßen angemessen in der Öffentlichkeit darüber zu diskutieren und man ist jetzt dabei aus den Zielrichtungen des Gesetzesentwurfes praktisch die soziale Komponente herauszufiltern, nämlich ihre Zielsetzung in ihr Gegenteil zu verkehren. Obwohl es in anderen Ländern gang und gäbe ist, nämlich daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber beitragen, dieses Problem in den Griff zu bekommen, hat man in der Region inzwischen wieder davon Abstand genommen und versucht nun dieses Problem zu lösen, indem man alle zur Kasse bittet. Ich bedaure solche Entwicklungen und ich denke es ist beschämend, daß eine Regionalregierung nicht imstande ist, Gelder, die ihr zur Verfügung stehen, auszugeben und es nicht schafft, diese Gelder zumindest für soziale Zwecke zu verwenden. Insofern kann unsere Haltung zu diesem Vorschlag nur ein klares „Nein“ sein.

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE**: In base al regolamento lei ha la possibilità di parlare per un'ora, non so se qualcuno intende intervenire, non vorrei interrompere il collega, che ci porterebbe oltre le ore 13.00.

A questo punto non credo sia giusto chiudere la discussione generale, sospendo la seduta per l'intervallo di mezzogiorno. Vi auguro buon appetito.

I lavori riprendono alle ore 15.00.

(ore 12.45)

(ore 15.07)

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT**: Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Wir setzen die Generaldebatte zum Rechnungsabschluß 1995 fort.  
Der Abgeordnete Morandini, bitte.

**MORANDINI**: Grazie, Presidente. Il rendiconto finanziario, signor Presidente e signori colleghi, ha in questa occasione in modo particolarmente accentuato due tipi di profili...

*(interruzione)*

**PRÄSIDENT**: Prego consiglieri, se avete da discutere vi prego di recarvi in un'altra stanza. Grazie.

**MORANDINI**: Grazie, Presidente. Dicevo che ci sono due tipi di profili, uno tecnico ed uno politico che caratterizzano questo rendiconto finanziario e su questi versanti vorrei velocemente intrattenermi.

Il primo, profilo tecnico. E' fin troppo evidente, leggendo questo rendiconto finanziario, che c'è una serie di capitoli di bilancio che non sono stati utilizzati nei modi previsti, allora delle due l'una, vengono spontanee due domande. La prima: è davvero eccessivo - come qualcuno ha ipotizzato, io non sono peraltro di questo avviso - il finanziamento di cui gode la Regione Trentino-Alto Adige, questo è un dubbio che è certamente venuto ai detrattori di questo ente, fra i quali sicuramente non mi annovero e comunque è un dubbio che può venire se si legge il rendiconto finanziario e se si

evidenzia tutta quella serie di capitoli che all'interno del bilancio non sono stati utilizzati nei modi previsti, oppure, seconda domanda in alternativa, ed è quella su cui mi voglio soffermare, perché questo è secondo me il problema, la Regione è incapace di utilizzare le risorse che ha a disposizione, quindi di fronte a questa incapacità è chiaro che un rendiconto come questo non fa altro che evidenziare fortemente questo tipo di latitanza e di lacuna.

Penso, colleghi, che dentro l'esame di questo rendiconto finanziario, che ha un profilo - ripeto - tecnico, ma che va più che altro sulla valenza politica, la domanda cui rispondere è proprio questa, e cioè la Regione è incapace di utilizzare le risorse che ha a disposizione? Penso che sì, penso che la Regione sino ad ora, in questa legislatura, non sia stata all'altezza della possibilità che aveva e che avrebbe di utilizzare fino in fondo le risorse finanziarie che sono ingenti e che ha a disposizione per investire su progetti di grande portata.

E qui vengo al profilo politico, signor Presidente, e la domanda che mi pongo è collegata a quella che ho appena fatto, cioè questa Giunta regionale crede davvero nell'ente Regione, oppure vi crede a parole e poi nei fatti - e porterò qualche esempio tra non molto - non ci crede per nulla o crede ben poco? Lo chiedo, ripeto, perché alla lettura del rendiconto finanziario si ha l'impressione forte e direi fondata che la Regione non si preoccupi più tanto di investire, attraverso le proprie risorse, in progetti e questioni fondanti di proporre progetti di un certo respiro, anche sulla scorta, sulla falsa riga di quanto era stato proposto ed approvato nella legislatura precedente dalla Giunta regionale, ma continui a vivacchiare, esercitando molto debolmente le sue competenze e quindi non incidendo fortemente né sui progetti, né tanto meno sui problemi e, quel che è peggio, quindi, non valorizzando e non utilizzando le occasioni propizie che in questo senso le si offrono per valorizzare le funzioni dell'ente Regione.

Allora se così è, penso che bisogna fare di tutto per aiutare questo ente a ripensarsi; sono due, secondo me, le strade con cui si può cercare di rivitalizzare questo ente, diversamente la Giunta regionale dica subito che intende vivacchiare in questa legislatura proprio in una fase invece estremamente delicata per l'ente Regione in cui bisognerebbe porsi fortemente il problema della sua identità per cercare davvero di darle una veste capace di affrontare gli anni futuri e quindi ripensando anche a certi assetti che finora sono andati bene, ma che da qui in avanti non possono più andare bene, ma che comunque dai cui nuovi assetti dipende e si evince chiaramente una volontà di rivitalizzare questo ente, cosa che finora non è stata, dicevo che ci sono almeno due modi, a mio avviso, per rivitalizzare questo ente. Il primo è quello di esercitare fino in fondo tutte quante le sue competenze legislative, ne abbiamo già dato prova, come Giunta regionale precedente, nella scorsa legislatura, su alcuni versanti, la previdenza integrativa in particolare, c'è oggi questo versante, ma anche altri su cui la competenza della Regione ha tutto un suo ruolo da giocare, allora penso che in questo senso l'esercizio completo, totale, integrale di tutte le competenze che possono oggi venire esercitata a livello di Regione sono un terreno importante non soltanto efficace per dare vitalità all'ente medesimo, ma anche terreno da cui dipende la prova reale se questa Giunta e questa maggioranza intendono davvero credere alle funzioni di questo ente.

Seconda strada: il ripensare il ruolo della Regione e il suo assetto in vista dei nuovi scenari. Penso, colleghi, che gli assetti che oggi la Regione ci pone davanti non sono più all'altezza del suo compito, allora va ripensato il suo ruolo, ma non nel senso di chiuderla, ma nel senso di ripensare certi assetti, certe funzioni, certi organismi che, se rivitalizzati e ripensati secondo nuovi assetti, sono davvero capaci di dare a questo ente la capacità, la potestà e le possibilità di essere all'altezza del compito che le si pone davanti. Penso anche fra l'altro, le ho già indicate, alcune traiettorie che la Regione come ponte culturale verso l'Europa può davvero ergersi ad elemento, ad ente di sintesi coordinatore delle competenze provinciali, in modo particolare di quelle competenze che travalicano gli ambiti provinciali per assurgere quanto meno a competenze regionali se non oltre.

Per quanto riguarda il primo punto, cioè l'esercizio delle competenze, faccio soltanto un riferimento alle norme del pacchetto famiglia. Anche in questa legislatura, sulla scorta e sulla linea delle leggi approvate nella precedente, ci sono state due iniziative legislative, una proposta dall'assessore Saurer e da altri colleghi del SVP, un'iniziativa estremamente pregevole, sulla quale in buona parte mi riconosco, anche perché ha ripreso alcuni istituti che erano contenuti nel testo originario allora presentato dal sottoscritto e dalla Giunta regionale precedente e un disegno di legge presentato, oltre che dal sottoscritto, anche da altri consiglieri, in cui, in sostanza, si riprende questa linea e chiaramente si portano dei correttivi alla luce dell'attuazione delle leggi che ho appena ricordato in questi anni, cercando di migliorare e di investire laddove allora non era stato possibile per ragioni di mediazioni e di maggioranze, mi riferisco in modo particolare a qualche istituto, all'assegno al nucleo familiare, dove bisogna pensare di configurare un assegno che evidenzia un sostegno molto più concreto alle famiglie che sono più numerose e che hanno meno mezzi economici, faccio riferimento all'assegno di cura, la proposta originaria della Giunta regionale già della scorsa legislatura prevedeva che si potesse portare fino a tre anni questo istituto, poi, ripeto, per ragioni di confronto e di mediazione politica questo non è stato possibile, è stato mantenuto ad un anno, purtroppo, oggi c'è l'occasione, vista la grande disponibilità finanziaria, di investire in questa direzione e quindi di consentire proprio questa reale possibilità di scelta educativa portando fino a tre anni, quindi al collegamento con la scuola materna, questo assegno di cura, faccio anche riferimento alla possibilità, anch'essa contenuta nella nostra proposta di legge presentata in questa legislatura, di interventi che prevedono il riscatto previdenziale per il periodo di cura dedicato dalle persone casalinghe all'educazione ed alla cura dei propri figli.

Potrei dilungarmi, ma non mi soffermo oltre e faccio soltanto presente che se ci sono, una serie di capitoli e di risorse finanziarie non utilizzate da parte di questa Giunta, penso che è scandaloso ed è un'occasione irripetibile che questa Giunta non colga la possibilità di andare su una serie di frontiere, ho fatto l'esempio di una, ma potrebbero essercene altre, su cui davvero articolando la propria competenza legislativa non solo si darebbero risposte a bisogni emergenti, ma si valorizzerebbero anche le funzioni ed il ruolo di questo ente.

Vengo ad un secondo aspetto con cui questa Regione non soltanto può, ma deve muoversi dentro una competenza importante per valorizzare le funzioni dell'ente Regione e per dare una risposta ad una domanda profonda di governabilità, ed è la competenza elettorale.

Questa competenza non è solamente occasione preziosissima per valorizzare il ruolo della Regione, ma, essendo materia di piena competenza regionale, è un passo obbligato, a nostro avviso, per dare al Trentino ed alla Regione reali possibilità di governabilità, purché, naturalmente, la Regione si appropri di questa competenza, purché chi regge le sorti della Regione, in particolare il Presidente della Giunta, sia capace di coordinare incontri laddove ci si mette intorno ad un tavolo e si comincia a ragionare prima di tutto sul modo con cui fare una riforma elettorale che si rispetti ed in secondo luogo sui contenuti da dare a questa riforma elettorale. E vengo al modo, che a dire la verità è molto di più e non soltanto questione di forma.

Presidente della Giunta regionale, penso che il piede giusto con cui partire per affrontare il campo delle riforme elettorali in particolare sia quello di mettere attorno ad un tavolo, con pari dignità, tutte quante le forze politiche, non soltanto pensare che la riforma elettorale sia questione della maggioranza di oggi, perché il pensare oggi di fare una riforma elettorale ed eventualmente una modifica statutaria senza coinvolgere certe aree politiche di rappresentanza politica dentro il Consiglio, oltre ad essere politicamente irragionevole, è anche istituzionalmente scorretto, lo dico perché se un domani dovessero esserci altre maggioranze, quelle stesse maggioranze terrebbero un comportamento scorretto qualora, volendo modificare statuto e volendo dare vita ad una riforma elettorale, non coinvolgessero tutto l'arco delle forze politiche e delle aree politiche rappresentate intorno a questo tavolo, allora non si possono fare le grandi riforme, in particolare oggi, mi riferisco all'urgenza della riforma elettorale per le ragioni che sono sotto agli occhi di tutti, non si può pensare di fare le grandi riforme senza mettere attorno ad un tavolo con piena e pari dignità politica tutte le aree rappresentate dentro questo Consiglio, ripeto, sarebbe politicamente ed istituzionalmente folle.

Per queste ragioni, anche per il profilo tecnico, ma più che altro per il profilo politico e perché c'è una serie di cespiti, ripeto, assolutamente inutilizzati dentro questo bilancio da cui si può evincere nei fatti, a meno che non vengano dati segnali diversi, che interessa ben poco esercitare le competenze di questo ente e quindi valorizzare il suo ruolo e la sua portata, anche in prospettiva, pensando ad una novità di proposte, il nostro voto su questo rendiconto finanziario è negativo.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Taverna hat das Wort. Bitte.

**TAVERNA:** Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono fortunato nel prendere la parola dopo il collega Morandini, il quale ha voluto spaziare nell'intervento che ha svolto dalle cifre del rendiconto per considerare alcune questioni sul piano politico sicuramente di attualità e non sfugge nemmeno al sottoscritto questa occasione per promuovere - almeno spero, signor Presidente della Giunta - un confronto che vada al di

là delle cifre e anche delle medesime considerazioni che la Corte dei Conti ha voluto fare per istituto sul rendiconto, del quale in questo momento ci stiamo occupando e il fatto che il collega Morandini abbia voluto a questo riguardo lanciare al Presidente della Giunta ed alla maggioranza un appello affinché si possa immaginare di ripercorrere o percorrere una nuova strada che ci consenta di uscire dalla costrizione nella quale oggi la politica regionale pare essere confinata, una costrizione che sicuramente non può, immagino, far pensare che i traguardi più o meno vicini per questo ente siano ancora traguardi per i quali vale la pena spendere intelligenze ed energie. Quando, signor Presidente della Giunta, abbiamo assistito ad una serie di circostanze che ci preoccupano e ci mettono nella condizione di immaginare come sia caduta in basso, almeno per quanto riguarda la responsabilità, la conduzione di questo ente, allora noi ci preoccupiamo convinti da sempre che la Regione non soltanto deve essere difesa, ma deve essere potenziata, anche alla luce di quella trasformazione dello Stato che la bicamerale nel bene o nel male ha voluto proporre. Allora questa occasione, signor Presidente della Giunta, la vogliamo cogliere, anche perché in questi mesi ci è stato difficile immaginare di poter avviare un confronto con la Giunta e con la maggioranza su temi che non sono di poco conto, ma sono importanti e richiedono, a mio giudizio, un approfondimento e la necessità di uno sforzo comune al fine di poter superare le situazioni di emergenze che siamo costretti a sopportare.

Signor Presidente della Giunta, quando abbiamo ommesso di cogliere momenti significativi di confronto, quale poteva essere, collega Morandini, la medesima deliberazione del Consiglio regionale, che qualche tempo fa aveva a maggioranza approvato l'idea di consumare una giornata per promuovere gli indirizzi nei confronti della Giunta al fine di giungere, sapendo dove si voleva arrivare, alla riforma elettorale e il fatto stesso che non abbiamo colto quell'occasione, che comunque il Consiglio regionale aveva dato votando quella mozione, ebbene, accanto a questa mancata occasione abbiamo potuto annoverare altri mancati appuntamenti che potevano essere sicuramente positivi e mi auguro anche propositivi per quanto riguarda la soluzione dell'emergenza in cui ci troviamo.

Allora abbiamo soltanto la possibilità in questi giorni, attraverso la discussione della legge riguardante il rendiconto e per quanto riguarda anche, penso domani e nei giorni a venire, la legge riguardante l'assestamento di bilancio 1997. Questi sono appuntamenti non rituali, penso che a questo proposito bisogna parlarci con franchezza e schiettezza e dobbiamo anche sconfinare dalla logica degli appuntamenti rituali che si fanno soltanto perché è obbligo fare e quindi, a questo proposito, invito il Presidente della Giunta, il quale ad un certo punto si è eclissato ed ha detto 'non è vero che mi sono eclissato, ero presente, ero occupato a fare altre cose', sicuramente importanti, non intendo in questo momento contestare gli appuntamenti importanti del signor Presidente della Giunta regionale, sta di fatto che proprio in relazione a quel tavolo al quale le forze politiche devono partecipare per discutere tutte insieme di queste questioni, perché non si discute soltanto della riforma elettorale, ma si può discutere anche di quanto è emerso a Roma per effetto della decisione della Bicamerale per quanto riguarda anche le modifiche dello Statuto, se possiamo immaginare che alla

Regione possono essere attribuite competenze e funzioni di governo tali da poter ridare un ruolo ed un significato a questo ente, oltre a considerare questo ente come uno dei tre momenti che legittimano l'autonomia della Regione Trentino-Alto Adige e delle due Province, quella di Trento e quella di Bolzano.

Quindi, signor Presidente della Giunta, i nostri sforzi sono orientati a mobilitare le energie e le intelligenze al fine di poter costruire questo tavolo delle regole, al fine di giungere quanto meno alla fase del confronto, affinché non sia immaginabile e ritengo di poter essere autorizzato a ritenere che non si tratta soltanto di immagine, ma si tratta di una realtà palpabile e concreta, di fronte alla quale siamo rimasto testimoni di un'avventura e di un confronto che è maturato soltanto all'interno delle forze della maggioranza, quasi che i problemi della riforma elettorale e dello Statuto potessero essere di competenza esclusiva delle forze politiche, che in questo momento hanno l'onore e l'onere del governo della Regione e, per quanto riguarda la mia Provincia, del governo della Provincia autonoma di Trento.

Ecco perché sono d'accordo in pieno con quanto ha affermato il collega Morandini, mi auguro che altre forze politiche possano essere in sintonia con questa proposta diretta a fare maturare le condizioni, affinché tutte le forze politiche con pari dignità abbiano la possibilità di intervento su questo fronte ed abbiano la possibilità di poter dire fino in fondo le proprie opinioni alla luce della necessità di dover recuperare un quadro politico e istituzionale che in questo momento è largamente compromesso, proprio perché le forze della maggioranza ritengono che sia di esclusivo loro potere quello di venire a scrivere le regole che dovessero sovrintendere alla modifica della situazione istituzionale che in questo momento stiamo vivendo.

Allora, signor Presidente della Giunta, se siamo convinti di questa necessità, bisogna cambiare rotta, si chiede al nocchiero che la rotta sia cambiata, perché altrimenti la nave va a finire sugli scogli e vogliamo impedire che la navicella della Regione possa in qualche misura essere soggetta a naufragio, non vogliamo il naufragio della Regione e, per paradosso, noi di AN ci troviamo nella condizione di essere in questo momento il partito che più e meglio di altri si trova nella condizione, proprio per la grande importanza che AN ha all'interno della nazione e per una più che discreta rappresentatività che AN gode anche in questa nostra realtà regionale, quindi se AN, all'interno della vicende della Bicamerale può essere ascritta come un partito che ha riscritto la Costituzione, tale da trasformare la Costituzione della prima Repubblica in una nuova e diversa Costituzione rispetto a quella di 50 anni fa, è evidente che questo ruolo AN se la sente di giocarlo anche nella nostra realtà.

Ecco perché, allora, rivendico con orgoglio il fatto che il gruppo di AN abbia presentato ancora mesi or sono una proposta di istituzione di una commissione per lo Statuto, affinché questo Consiglio regionale non sia estraneo al dibattito in corso, non sia stato reso privo di sovranità per quanto riguarda le competenze, che comunque secondo il vigente statuto sono attribuite al Consiglio regionale in materia di modifica dello Statuto, ma evidentemente il mio intervento non può, a questo proposito, limitarsi soltanto a questo aspetto, ho colto l'occasione per poter parlare anche di questo, avendo mancato, non per colpa mia, tutti gli altri appuntamenti e tutte le altre occasioni, allora

nel contesto di una valutazione che riteniamo di dover comunque fare, in occasione di questo rendiconto non possiamo non tener conto di alcune situazioni che ci sono offerte dalla lettura delle cifre.

Partiamo, signor Presidente della Giunta, da un bilancio preventivo 1995 che prevedeva, per quanto riguarda le entrate, una massa finanziaria che è costante nel tempo, ne parlavo poco fa con il collega Luigi Montali, che è stato il Presidente del gruppo di AN, allora MSI, quindi ha una memoria storica per quanto riguarda il bilancio della Regione e parlando mi ha chiesto: 'il bilancio della Regione è sempre quello?', sì, il bilancio della Regione è sempre quello, il che significa che per quanto riguarda le entrate e le uscite abbiamo una situazione ormai consolidata, il che ci dimostra che questa situazione consolidata evidenzia un altro aspetto, che è intimamente conseguente da questa situazione consolidata, vale a dire che la Regione si limita a fare alcune cose che sono sempre quelle, allora è evidente che il primo giudizio che si può dare è che da 20 anni a questa parte il bilancio della Regione è immutato, è immutabile, per cui le funzioni della Regione sono soltanto quelle e non può che essere così.

Le entrate sono di 309,4 miliardi per quanto riguarda il bilancio preventivo e diventato, attraverso l'assestamento con la legge regionale 22 luglio 1995, n. 5, di 312,8 miliardi, per essere definitivamente determinate in 306,9 miliardi per quanto riguarda il rendiconto che stiamo in questo momento discutendo e a fronte di queste entrate abbiamo delle spese, che per quanto riguarda il bilancio preventivo 1995 sono di 373 miliardi, per quanto riguarda l'assestamento questa somma è stata quantificata in 382,9 miliardi e per quanto riguarda il rendiconto, quindi quello che effettivamente si è andato ad amministrare, la somma di tale entità è di 341,4 miliardi, con una differenza significativa rispetto sia alla previsione, sia all'assestato, che nell'ordine risulta essere di 63,6 miliardi, 70,1 miliardi, 34,5 miliardi, con un dato che sul piano politico non può che essere sottolineato come un dato negativo, ben 10,8 miliardi riferiti al capitolo 2300, capitolo che serve a finanziare i provvedimenti legislativi in corso di attuazione, il che dimostra che per quanto riguarda anche la produzione legislativa, ma questo non è un guaio o un male in senso assoluto, ma ci dimostra che la previsione riferita a questo capitolo e quindi un finanziamento per questo capitolo di una somma superiore a 10,8 miliardi significa che il Consiglio regionale proprio per una inefficienza oppure per una insensibilità della Giunta regionale, che è motore per quanto riguarda la politica della spesa, perché la Giunta regionale ha le funzioni di governo, questo dato negativo ci fa indicare come noi siamo stati fermi ed abbiamo fatto molto di meno rispetto alle previsioni per le quali prima ho indicato il relativo capitolo e quindi dobbiamo, a questo riguardo, realizzare questo dato negativo, che è un dato contabile, oltre che essere un dato di sicuro significato politico.

Importante, signor Presidente della Giunta, è la considerazione che ben 102,7 miliardi siano l'ammontare del finanziamento delle deleghe in materia di previdenza integrativa ed a questo riguardo, signor Presidente, voglio essere attuale nel considerare a margine di questa posta di bilancio una questione che non è secondaria rispetto anche allo stato presente e soprattutto al futuro, vale a dire la destinazione dei 50 miliardi che il Consiglio regionale legiferando in merito ha voluto investire a

proposito della questione relativa ai fondi di previdenza integrativa e qui incominciano alcune note negative, non liete, perché pare ormai assodato, signor Presidente della Giunta, che nel consorzio o nella società di gestione dei fondi destinati a sostenere l'obiettivo della pensione integrativa nell'ambito del territorio della Regione Trentino-Alto Adige, a questo riguardo possiamo tranquillamente dire che un soggetto importante, vale a dire l'Associazione degli industriali della Provincia di Trento non ha ancora aderito a questo progetto, il che ci fa ritenere che questa iniziativa sia partita male, perché non tutti i soggetti hanno creduto o hanno ritenuto di credere a questo obiettivo legislativo che con tanta costanza e con tanta tenacia tanto il Presidente del Consiglio quanto il Presidente della Giunta hanno voluto realizzare, a prescindere dal fatto, signor Presidente, che per me rimane sempre valida la critica secondo la quale da un punto di vista concettuale, proprio nel momento in cui a livello nazionale si va verso la privatizzazione del settore della previdenza, ritenendo che il settore pubblico della previdenza non sia più nella condizione di poter alimentare il sistema pensionistico, proprio nel momento in cui per effetto degli accordi di natura politico-legislativa che a questo riguardo si sono determinati, proprio per effetto di tali accordi i soggetti sociali, vale a dire i datori di lavoro e i sindacati, attraverso il sistema del fondo di previdenza integrativa, che ha natura privatistica e non natura pubblica, questi fondi di previdenza integrativa verranno ad intervenire, come dice la parola, a sostegno delle pensioni che non potranno essere più le pensioni così come noi le abbiamo conosciute, il sistema pensionistico è in lenta, ma sicura, incontrovertibile trasformazione.

Quindi anche sotto questo profilo non si capisce come mai all'interno della nostra Regione si possa mantenere in essere una concezione pubblicistica, tant'è che l'intervento della Regione di 50 miliardi a sostegno di questo obiettivo sia in controtendenza rispetto alla politica nazionale, che a questo proposito si fa in relazione alla necessità di dover comunque abbandonare il sistema pubblico della previdenza per, se non altro, trasferire al settore privato una parte della previdenza, perché quella pubblica non sarebbe nella condizione di poter alimentare il sistema pensionistico per il futuro, quindi anche sotto questo profilo non è materia sicuramente di rendiconto, ma è un problema politico che abbiamo di fronte e per il quale, a mio giudizio, non è possibile fare finta di nulla in questo quadro, in questo contesto, che è sicuramente preoccupante per effetto della diserzione di un soggetto non di poco conto che avrebbe dovuto partecipare a questa società che è stata costituita.

Quindi siamo di fronte ancora ad una scatola vuota, ma questa scatola deve essere riempita: tempi, scadenze, modalità, signor Presidente della Giunta, per sapere di più, non ci limitiamo a leggere soltanto le sue brillanti interviste, alle volte anche convincenti, che lei ha l'amabilità di concedere alla stampa locale, noi vogliamo risposte e le vogliamo in termini istituzionali, quindi le raccomando, se lei avrà la bontà di replicare al termine di questo dibattito, di poterci dire qualche cosa di più rispetto a questa questione, oltre tutto, signor Presidente, ho preso degli appunti, leggendo la quota di spesa riferita a ciascun assessorato, va bene, la Presidenza della Giunta fa la parte del leone, bene il 49,07% dell'ammontare della spesa è gestita direttamente dalla Presidenza della Giunta, il che ci fa ritenere che abbiamo di fronte un forte Presidente della Giunta,

perché un Presidente della Giunta che spende quasi il 50% del bilancio della Regione è un signor - lo dico senza ironia - Presidente della Giunta. Se poi vediamo che l'assessore per l'Accordino spende lo 0,05% del bilancio, ci rendiamo ancora più conto come sia forte il ruolo del Presidente della Giunta regionale, ma a questo riguardo è opportuno dire che all'assessorato agli enti sanitari ed alla previdenza sociale compete una fetta non trascurabile, il 33,68%, l'assessorato alle finanze ha un patrimonio del 10,09%, l'assessorato al Libro fondiario e Catasto 3,33% e poi giungiamo, signor Presidente, alla Cenerentola, trascuriamo l'assessorato per l'Accordino, ma giungiamo alla Cenerentola. Non c'è in questo momento l'assessore Chiodi, non so se per motivi istituzionali o perché il signor Presidente del Consiglio l'abbia fatta arrabbiare, corre voce che si sia arrabbiata e sono fortemente preoccupato circa la serenità e la tranquillità dell'assessore agli affari elettorali, perché abbiamo di fronte a noi importanti scadenze, quali la riforma elettorale, come è possibile immaginare di avere un assessore competente agli affari regionali che non sia sereno e tranquillo? Quindi la invito, signor Presidente, a voler telefonare all'assessore agli affari elettorali ed a rassicurarla e quindi fare in modo che recuperi nel più breve tempo possibile quella serenità che spetta ad un importante assessorato quale quello degli enti locali e dei servizi elettorali, anche perché non si capisce, signor Presidente della Giunta, come sia possibile che il parto dell'assessore Chiodi - non mi riferisco al 'Chiodarellum', ma alla revisione della legge sui comuni - sia qui che sta navigando sott'acqua ormai, non so se ancorato o se, vittima della corrente, abbia trovato altre vie, non so che fine farà quel disegno di legge, certo è che sono preoccupato, collega Alessandrini, proprio per i riflessi di natura istituzionale che la Giunta provinciale di Trento si troverà a dover sopportare quando si renderà conto che quanto ha deliberato qualche giorno fa non poteva essere deliberato, come è possibile, le domando, signor Presidente della Giunta, lei che è così sensibile alle questioni della politica, alle questioni istituzionali, come sia possibile che un organo politico quale la Giunta della Provincia autonoma di Trento abbia potuto deliberare l'approvazione di un disegno di legge che vuole e deve intervenire in materia ordinamentale senza aver avuto prima la possibilità di poterlo fare attraverso una legge, che in ragione delle competenze di natura ordinamentale che fanno capo alla Regione senza che ci sia quella legge che consenta alla Provincia autonoma di Trento di poter legiferare, priva delle competenze che ancora la Regione ha e noi siamo preoccupati per questo.

Accanto alla nostra preoccupazione per questo motivo, mi sento in dovere di esprimere un pubblico elogio all'assessore Casagrande, e lo dico con cognizione di causa, ho già fatto l'elogio, se lo ricorderà, assessore, a titolo personale e con un comunicato stampa che lei sicuramente avrà notato, apprezzando l'intervento dell'assessore Casagrande che difendeva le prerogative della Regione. L'assessore Casagrande giocava in casa, certo che giocava in casa, dico io, perché un componente della Giunta regionale non può vedersi sottrarre le competenze, perché se il responsabile della politica regionale per quanto riguarda Camere di Commercio in primo luogo, e per quanto riguarda altri settori che non sono di sua competenza, il credito e la cooperazione, ma si preoccupa, l'assessore Casagrande, essendo egli investito di fare

fino in fondo il proprio dovere di assessore regionale e quindi di primo difensore delle prerogative della Regione, l'assessore Casagrande ha resistito e ha dovuto alzare bandiera bianca solo quando il suo partito gli ha imposto l'alt, ed a questo riguardo consentitemi da un lato di apprezzare quanto ha fatto l'assessore Casagrande e dall'altro di 'richiamare all'ordine' - ben si intende tra virgolette, non ho potere di richiamare all'ordine il capogruppo del Partito autonomista, il collega Eugenio Binelli, nei confronti del quale è nota la mia simpatia, se non perché abbiamo qualche hobby in comune - il capogruppo del Partito autonomista, cui voglio rivolgere l'appello e l'invito a considerare ancora la possibilità di difendere queste competenze, perché se noi nel momento in cui siamo nella condizione e nella costrizione di dover sopportare un passaggio difficile, abbandoniamo anche, non so se questo abbandono è dovuto per interesse oppure per mancanza di coraggio, mi auguro che siamo di fronte ad una distrazione degli uomini di Partito autonomista, spero che non si tratti di interesse, spero soprattutto che non si tratti di diserzione o di pavidità, alle volte bisogna essere granitici, assessore Casagrande, ed ogni riferimento alla sua attività laica è puramente voluto, bisogna essere granitici e bisogna avere fede e coraggio, allora se siamo qui a recitare il ruolo di consiglieri regionali è perché crediamo nella Regione, crediamo che accanto alla Regione ci siano le Province e, nell'ambito della diversità dei ruoli, Regione e Province costituiscano l'essenza della nostra struttura costituzionale, non possiamo dimenticare la difesa della Regione ed anche la difesa dell'autonomia, soprattutto dell'autonomia trentina.

Signor Presidente della Giunta, lei che si trova in prima persona a dover recitare questo ruolo, aiuti il suo assessore, non lo molli, non lo dimentichi, non lo trascuri, non lo abbandoni e agli uomini del partito autonomista - ribadisco il concetto - vi è la necessità di un cambiamento di rotta a questo riguardo, perché voi uomini del Partito autonomista, se per avventura dovesse essere consumato questo ultimo atto di tradimento nei confronti della Regione, sarete domani chiamati a rispondere di alto tradimento nei confronti dell'autonomia del Trentino, perché questa è la realtà.

Allora a questo riguardo è opportuno spendere qualche parola per sottolineare fino in fondo la nostra contrarietà più netta e convinta, ed è una contrarietà che è destinata a far maturare il senso della ribellione a certe decisioni, perché ci si può ancora ribellare, perché la libertà, la difesa della libertà ad un certo punto può sfociare legittimamente nella ribellione, se coloro che devono difendere la libertà si mettono contro la libertà, soprattutto se queste persone hanno il privilegio anche di avere un ruolo di responsabilità per la quale responsabilità essi dovranno essere chiamati un giorno a rispondere delle loro azioni. Quindi AN promette una dura battaglia contro il disegno di legge che vuole spogliare la Regione delle competenze ordinamentali che sono previste dallo Statuto, questa è una legge contro lo spirito e la lettera dello Statuto.

Come si fa ad immaginare, signor Presidente della Giunta, che lo Statuto di autonomia, che distribuisce le competenze in capo alla Regione ed in capo alla Provincia, come può il legislatore regionale ignorare le competenze che spettano alla Regione e voler trasferire queste competenze in capo alle due Province, questo è un delitto, un delitto politico ed un delitto istituzionale, quindi AN a questo proposito sarà

un importante strumento di opposizione a questo tentativo e mi auguro che tanto le forze politiche dell'Alto Adige come quelle del Trentino abbiano un sussulto di orgoglio e di dignità e sappiamo schierarsi compatte contro questo tentativo, per impedire che questo tentativo possa trovare un riconoscimento legislativo.

Allora all'assessore Casagranda abbiamo detto con sincerità fino in fondo quello che pensiamo di lui, agli altri colleghi abbiamo parlato con la stessa franchezza con cui noi, consentitemi, da sempre siamo abituati a fare.

Ci sono alcune questioni, signor Presidente della Giunta, che meritano ulteriore dibattito ed approfondimento e una questione importante è quella relativa alla informatizzazione del Catasto, lo so, collega Alessandrini, che dici che è sempre quella, ma consentimi di potermi esprimere in tutta libertà. La questione dell'informatizzazione del Catasto è una questione non di secondaria importanza, perché abbiamo investito circa 30 o 40 miliardi e i programmi, signor Presidente della Giunta, e, avendo in memoria il disegno di legge che, votato dalla Commissione e giacente nell'ormai più che nutrito ordine del giorno del Consiglio regionale, vuole dare una risposta, io ritengo che quella non sia una strada percorribile, ma non voglio in questa occasione, anche per necessità di tempi - il tempo è tiranno e sarei impedito - dare una valutazione complessiva, dico soltanto che non possiamo accettare - del resto non lo abbiamo mai fatto in nessuna occasione - quanto fino ad ora è stato fatto.

Leggo a pag. 16 della relazione - mi riferisco alla relazione della Corte dei Conti - 'Nel corso del 1995 è stato espletato l'appalto, in conformità della Direttiva 92/50/CEE, per l'aggiudicazione dei lavori di digitalizzazione di tutte le mappe del catasto fondiario, già preannunciati nella relazione precedente. Sempre nel corso del 1995 l'Amministrazione ha provveduto all'elaborazione di software di gestione degli atti delle Commissioni di ripristino del Libro fondiario, il cui prototipo è in fase avanzata di sperimentazione presso la Commissione di Pedemonte.'

Voi sapete, onorevoli colleghi, che in materia di informatizzazione ne sono successe di cotte e di crude, se facciamo mente locale al fatto che Informatica Trentina, la società pubblica a prevalente partecipazione della Provincia autonoma di Trento, si è occupata da anni dell'informatizzazione del Catasto ed abbiamo di fronte ancora un lungo percorso prima di giungere alla definizione ed alla conclusione del progetto, mentre fino adesso abbiamo speso somme ingenti, 30-40 miliardi, per prodotti che non sono sicuramente all'altezza della situazione. Di questo dobbiamo prendere atto e sappiamo che in questa materia in Italia, e non solo in Italia, si sono commessi i reati più infamanti e più impensabili, reati che sono quelli della truffa, del furto, della rapina e di quant'altro è attinente ai delitti contro il patrimonio, e contro il patrimonio pubblico in questa circostanza, perché tutta la politica che è stata fatta è una politica appaltata all'Informatica Trentina, dove socio di minoranza, ma con un grande potere contrattuale, risulta essere la FINSIEL del gruppo STET, società nota a tutti più per le vicende giudiziarie che l'hanno coinvolta attraverso le varie consociate o partecipate, ricordo a tutti voi un solo episodio, ma ce ne sono tanti, basta fare una breve indagine presso le Procure della Repubblica del Paese per capire di quali e quante nefandezze

queste società nel settore informatico abbiano commesso ai danni dell'apparato pubblico, nei confronti dello Stato, ma anche nei confronti della Regione.

Il Ministro De Lorenzo era uno di quelli più noti - ma ce ne sono altri meno noti - che hanno avuto a che fare con queste società che si sono occupate e si stanno occupando nel corso degli anni della cosiddetta informatizzazione, fatto sta, signor Presidente, che mentre il mercato offre condizioni sicuramente più economiche, più vantaggiose se si fosse ricorso al libero mercato, anziché aver affidato ad una società pubblica il compito dell'informatizzazione, avremmo sicuramente risparmiato fino all'ordine del 50% delle somme spese se avessimo avuto la bontà, la pazienza, il coraggio di ricorrere al mercato e non di ricorrere ad un appaltatore che si è dimostrato sicuramente non all'altezza dei compiti. Ci sono, lo dico ancora una volta, indagini da parte della magistratura per quanto riguarda questa partita, mi auguro che queste indagini alla fine facciano emergere le responsabilità e si possa partire con il piede giusto nei confronti della soluzione di questo problema, che non è un problema di poco conto, ma molto attinente con la politica di bilancio e con la politica che la Regione a questo proposito ha voluto perseguire con gravissimo danno per l'erario regionale.

Altra questione evidenziata dalla relazione della Corte dei Conti è la questione del personale. A pag. 17 l'estensore della relazione evidenzia - leggo testualmente - che 'Al riguardo occorre preliminarmente segnalare che la Regione non ha ancora provveduto ad adeguare il proprio ordinamento ai principi fondamentali introdotti nella materia del pubblico impiego dalla legge dello Stato n. 421/92.' Di fronte a me ho l'assessore Holzer e spero che ci comunichi qualche cosa a questo proposito. La relazione della Corte dei Conti continua: 'si fa presente che risulta tuttora pendente dinanzi alla Corte Costituzionale un ricorso, proposto in data 17 agosto 1994 dal Presidente del Consiglio dei Ministri avverso il Presidente della Giunta della Regione Trentino-Alto Adige e diretto alla dichiarazione di illegittimità costituzionale di alcune norme contenute nella legge regionale 9 novembre 1983, n. 15 e successive modificazioni, siccome non adeguate ai predetti principi dettati dalla surrichiamata legge n. 421/92'.

Assessore Holzer, il suo omonimo, collega Alessandrini, pur attraverso peripezie, che non sto qui a narrare, ma sono note quanto meno ai colleghi della Provincia autonoma di Trento, è giunto al traguardo e lo ha tagliato brillantemente, collega Boldrini, oggi può dire di essere un eroe, al pari di Cipollini, che vince le tappe al Giro di Francia, mentre Alessandrini - fa pure rima - è arrivato al traguardo felicemente per la riforma dell'organizzazione dell'apparato della Provincia e quindi ha parato il colpo rispetto alla contestazione della Presidenza del Consiglio dei Ministri in relazione all'applicazione come legge di riforma della 421. Il relatore, il giudice contabile, invece, lei, assessore Holzer, l'ha messa ancora nel banco degli asini, mi perdoni questa espressione, non me ne è venuta un'altra più felice, ma mi ricordo che quando eravamo a scuola, coloro che non erano preparati venivano messi nella bancata degli asini, talvolta è capitato pure a me, non so se lei è nella bancata degli asini, ma se lei lo fosse, lo sarebbe anche l'assessore Panizza, e mi dispiacerebbe dover collocare pure lui nella bancata degli asini, lo sarebbe il Presidente della Giunta regionale, lui, per

la verità, non mi dispiacerebbe mettercelo, ma è una battuta che faccio e che quindi ha il tempo che trova.

Sta di fatto, signor assessore, che siamo inadempienti, come è possibile che a distanza del ricorso, che è datato 17 agosto 1994, stiamo per compiere il terzo anno, '95-'96-'97, quando giungerà il 17 agosto 1997 noi saremo inadempienti per tre anni, collega Boldrini, alla faccia dell'autonomia, allora la domanda che ci dobbiamo porre è questa: noi ci meritiamo questa autonomia? Se lasciassi rispondere al collega Boldrini, la risposta sarebbe scontata, ma anch'io sono dell'opinione che questa è una risposta scontata, non ci meritiamo l'autonomia se poi ci comportiamo in siffatta misura e quindi all'assessore Holzer chiedo adesso, chiederò domani, nei prossimi mesi, non nei prossimi anni, perché spero che questa situazione venga rapidamente conclusa e comunque sia conclusa prima della scadenza della legislatura, sarebbe assai indecoroso se chiudessimo un'altra legislatura senza aver risolto il problema legato ai principi della 421, anche perché, signor assessore, risulta che l'organico della Regione sia di 719 unità, e mi domando se queste 719 unità sono impiegate bene, abbiamo mai verificato se questi dipendenti sono utilizzati al meglio? Abbiamo mai frequentato gli uffici? Abbiamo mai verificato se gli impiegati sono motivati in primo luogo, e in secondo luogo, una volta acquisito per principio o per convinzione la loro motivazione, hanno il lavoro? Oppure sono costretti ad andare al bar perché in qualche modo devono occupare il loro tempo?

Questi sono interrogativi legittimi e leciti, che dobbiamo farci al fine di considerare se nell'ambito delle ripartizioni ci sono ripartizioni che hanno a pieno titolo unità e queste unità sono impiegate al meglio, vi è una sottostima, vi è una sovrastima, sono tutte cose che noi siamo curiosi di conoscere, e questo non tanto per mettere in croce lei, signor assessore, anche perché lei è una figura che non si può mettere in croce, che invita alla simpatia, lei non è l'assessore arrogante, quello che si arrabbia e che ti manda a quel paese, è l'assessore, mi consenta, 'bonaccione', quello che è disponibile sempre, lo dico senza ironia, con convinzione e sono sicuro che posso fare questo discorso perché lei lo prende nel senso buono e positivo e sono certo che apprezza la mia franchezza ed allora cerchiamo, signor assessore, facciamo uno sforzo e vediamo se possiamo fare qualcosa e vediamo soprattutto se gli sforzi che sicuramente ha fatto e sta facendo possono essere condivisi anche da persone come me, perché non è detto che chi sta all'opposizione deve comunque ed in ogni occasione essere capace di sparare... Per quanto riguarda i cacciatori trentini ormai sono soddisfatti, è arrivato Durnwalder, che li ha soddisfatti appieno, quindi lasciamo da parte le doppiette, proprio per dire, signor assessore, che questa condivisione delle responsabilità è un fatto che dovrebbe far piacere a lei, in quanto questa condivisione consente a lei di operare con il massimo di libertà e consente a noi non già in una logica consociativa di assumerci per contro le nostre responsabilità, ma proprio perché conoscendo i problemi e conoscendo la linea operativa dell'assessorato, la politica, gli obiettivi ed i traguardi che l'assessorato intende realizzare, in tutto questo scambio di opinioni, di notizie e di informazioni si costruisce il confronto e si è nella condizione di stemperare alle volte anche queste contrapposizioni della politica, che a tutto servono meno che a fare chiarezza e dare

fiducia a chi, oltre tutto, questa fiducia la può anche meritare. Non so se le 25 unità che in questo frangente dalla situazione di precariato alla situazione di ruolo si riferiscono alla legge di sanatoria, all'emendamento del cons. Palermo, penso siano quelle, ma mi auguro peraltro che proprio in occasione della discussione in Commissione della legge sulla informatizzazione si tenga con oculatezza conto del fatto che non è immaginabile, signor assessore, provvedere alla realizzazione di uno status di precariato per alcuni soggetti che dovrebbero essere chiamati a sostenere l'impatto con il processo di informatizzazione proprio del catasto, perché a questo riguardo allora sarebbe proprio il caso, una volta che sia stato fatto quell'inventario cui prima facevo riferimento, di censire le forze e quindi di poter utilizzare quelle in esubero nel progetto cui prima facevo riferimento.

Signor Presidente ed onorevoli colleghi, avviandomi alla conclusione del mio intervento, che come ho detto in apertura voleva trascendere e sono riuscito, mi pare, a trascendere gli aspetti squisitamente contabili e ragionieristici del rendiconto, per approfittare dell'occasione e quindi avviare un confronto politico a tutto campo, convinti come siamo che questi snodi meritano di essere esaminati, sia pure nell'ambito di un rapporto chiaro tra chi è al governo e chi svolge provvisoriamente ruolo di opposizione, lo dico a beneficio del futuro, mi ritengo provvisoriamente all'opposizione, qualche anno fa mi ritenevo definitivamente all'opposizione, oggi i tempi sono cambiati, mi fa piacere che anche il signor Presidente della Giunta voglia manifestare apprezzamento per questa dichiarazione, è difficile essere nella condizione di muovere il Presidente della Giunta a fare qualche affermazione, ma quando il signor Presidente della Giunta fa delle affermazioni anche con il semplice cenno del capo, queste significative manifestazioni di volontà devono essere segnate, sottolineate, portate a futura memoria, perché in politica non si sa mai quello che può capitare, e lo sa perfettamente il signor Presidente della Giunta, oggi il vento spinge in un verso e domani potrebbe cambiare direzione, quindi in politica non si deve dire 'mai' e non si dice mai a nessuno, se chi fa politica è una persona responsabile. Quindi sottolineo volentieri questo aspetto che ha voluto manifestare il signor Presidente della Giunta regionale per giungere allora ad una conclusione di questo mio lungo argomentare.

Per quanto riguarda gli aspetti di natura politica, il taglio alto della politica, mi viene in mente in questo momento, mentre sto parlando, come il signor Presidente della Giunta qualche giorno fa abbia voluto definire alto il momento della politica, quando la politica riesce a nobilitare il confronto, si riferiva, se non ricordo male, all'emendamento Boato, Andreolli, Zeller, quando c'è di mezzo l'on. Boato c'è da aspettarsi di tutto, signor Presidente della Giunta e l'on. Boato è come il prezzemolo, soltanto che il prezzemolo aiuta la bontà dei cibi, mentre l'on. Boato è una sventura della politica del Trentino-Alto Adige, lo dobbiamo dire a cuore aperto ed a voce alta, l'on. Boato è una sventura per la politica del Trentino-Alto Adige: è riuscito a resuscitare Zeller, dopo che Zeller era morto il giorno 17 giugno, signor Presidente del Consiglio l'on. Zeller era trapassato, era morto, ed il giorno dopo è stato resuscitato come Lazzaro, grazie all'intervento del Messia, l'on. Boato, il quale inventando con Andreolli - altro campione - il marchingegno dell'iniziativa della revisione dello Statuto

a carico dei due Consigli, quello provinciale di Trento e quello provinciale di Bolzano, ha recato un ulteriore gravissimo danno, quindi una raccomandazione a noi che siamo elettori e a tutti gli elettori del Trentino-Alto Adige: a Roma bisogna mandare persone che conoscono la realtà dei problemi del Trentino-Alto Adige, Boato viene da Venezia, saprà tutto sulla laguna, ma per quanto riguarda la storia del Trentino-Alto Adige, la ignora e se la ignora per ignoranza è un peccato perché non ha potuto studiare, ma se la ignora per interesse o per codardia, questo è peggio, allora dobbiamo castigare l'on. Boato, non è una soluzione nobile, signor Presidente, l'emendamento Zeller, Boato, Andreolli è una porcheria in termini politici ed in termini istituzionali, ma ormai mi sono sfogato e più di tanto, signor Presidente, non intendo dire, anche perché avrò modo nei prossimi giorni di poter approfondire la materia e di essere anche più preciso per quanto riguarda i riferimenti e le citazioni.

Mi mancano 4 minuti, giungo a motivare il no di AN accanto a tutto quello che ho detto per 56 minuti, mi mancano 4 minuti per dire ancora no sulla base della relazione della Commissione che ha esaminato il rendiconto. Leggo nel penultimo capoverso, la Commissione è presieduta dal collega Ianieri, è in aula? Perché devo chiedere al collega Ianieri se la riconosce come sua, perché magari qualcuno mi può dire che non è la relazione di Ianieri e sono curioso di sapere se Ianieri...

*(interruzione)*

**TAVERNA:** L'ha letta? Allora siamo certi che Ianieri ha fatto questa relazione. Nel penultimo capoverso della relazione si legge: 'La Commissione non ha espresso peraltro altri giudizi, ma con la susseguente votazione non ha approvato nel suo complesso il suo disegno di legge, essendosi espresso a favore il cons. Alessandrini', che saluto e che ringrazio per la coerenza, 'contrari i cons. Bolzonello, Gasperotti e Leitner, mentre i cons. Feichter Kury e Ianieri si sono astenuti.', il che significa, signor Presidente della Giunta, non so se questo sia un fatto storico, certo che se passerà alla storia sarà un fatto marginale, ma se a me risulta - sempre pronto ad essere smentito qualora dicessi il falso o mi ricordassi male - ma non ricordo altri episodi dove la Commissione legislativa abbia bocciato il bilancio nella storia della Regione Trentino-Alto Adige, in Provincia di Trento li ricordo perfettamente, collega Alessandrini, ma in Regione non ricordo precedenti dove la Commissione legislativa abbia bocciato il rendiconto.

Allora come è possibile, signor Presidente della Giunta, immaginare, pretendere, presumere che i colleghi che stanno all'opposizione possano votare a cuore aperto, senza preoccupazione - arrivo alla conclusione, signor Presidente, ho ancora 60 secondi, nei quali si possono fare tantissime cose - e si può concludere dicendo: come è possibile pensare che chi sta all'opposizione possa votare in cuor suo serenamente, con tranquillità un rendiconto quando pezzi della maggioranza hanno fatto sì che l'esame della legge di rendiconto non passasse in Commissione. Per tutte queste argomentazioni e questa ultima, ma non ultima in ordine di importanza, questa doveva essere forse la prima, ma comunque importantissima anche questa motivazione, quando la maggioranza non c'è l'opposizione non può in alcun modo surrogare la maggioranza

che non c'è, ma l'opposizione con un voto di contrarietà deve mettere a nudo tutte le contraddizioni - e questa è una grandissima contraddizione - che la maggioranza e la Giunta anche in questa occasione hanno brillantemente manifestato.

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Come sempre lei, collega, ha mantenuto fede, ho fatto bene a interrompere i lavori un quarto d'ora prima, perché lei ha parlato per un'ora come aveva anticipato al Consiglio.

Ha chiesto di intervenire il collega Boldrini. Ne ha facoltà.

**BOLDRINI:** Grazie, Presidente. Parlo finché non mi mandano via. Signor Presidente, mi meraviglio delle meraviglie del collega Taverna, perché questa Giunta e questo Consiglio regionale, parlo del Consiglio regionale perché siamo in Regione, ma anche in Consiglio provinciale ci ha abituati a ben altre sorprese e a ben altre situazioni che non una semplice bocciatura in Commissione legislativa, diciamo che ci si è fatto il callo a vedere un andamento anomalo, che è diventato la normalità di questa XI<sup>a</sup> legislatura della Provincia, ma è anche l'XI<sup>a</sup> della Regione, nella quale succede tutto e il contrario di tutto e aggiungo al collega Taverna che il bello deve ancora cominciare, quello che ci è stato dato finora è un semplice aperitivo, il pranzo non è ancora iniziato, anche se sono sicuro che è molto vicino il pranzo, o la resa dei conti, non credo che possa andare avanti più oltre una situazione di emergenza come quella attuale. Una situazione di emergenza, come dice la parola, deve durare il periodo in cui l'emergenza si manifesta, ma se l'emergenza continua per 4 anni non è più un'emergenza, è una regola, e qui siamo nella regola della non governabilità né della Provincia di Trento, né della Regione Trentino-Alto Adige, si fa finta di governare e si intorbidano le acque.

Ma vorrei cominciare da quello che è l'argomento specifico per cui ho chiesto la parola, cioè il disegno di legge che riguarda il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1995 e chiedo al Presidente della Giunta se l'ha letto, ha firmato, ne è il depositario, in teoria, perché in pratica credo non l'abbia letto, perché mi risulta che il Presidente della Giunta sia un buon italianista ed il senso delle parole lo conosca, anche quando magari le scrive qualcun altro, ma le firma lui, perché in questo disegno di legge ci sono delle espressioni alle quali non corrisponde la realtà, o almeno la realtà è descritta in modo che per capirla bisogna avere l'interprete, mentre in materia di finanza, e quindi di numeri e di bilanci, credo che la cosa migliore sarebbe la massima trasparenza, il Codice Civile lo prescrive obbligatoriamente per le società di capitali: si devono fare bilanci trasparenti, penso che anche se nulla dice per i bilanci di un ente pubblico, questo ente pubblico, se una società di capitali, quindi una società per azioni, una società a responsabilità limitata di natura privatistica ha l'obbligo giuridico sanzionato dal Codice Civile in veste penale quando fa dei falsi in bilancio, dove richiede la massima chiarezza e trasparenza, penso che una Provincia o una Regione,

cioè un ente pubblico, quando presenta il suo bilancio, dovrebbe avere la stessa caratteristica.

Ora, l'art. 2 di questo disegno di legge e l'art. 3 sono due articoli che trattano rispettivamente delle entrate e delle spese - come le chiama, a me non piace, perché la contro-parola in economia di 'entrate' è 'uscite' e non 'spese', pazienza - ma questi artt. 2 e 3 sono fatti in un italiano che non corrisponde alla realtà. Sono due articoli che trattano dei residui, l'art. 2 tratta dei residui attivi e l'art. 3 dei residui passivi. Ora, come tutti sappiamo, i residui sono quelle somme che a fine esercizio se riguardano le entrate non sono entrate, dovevano entrare, qualcuno le doveva versare o riscuotere, ma qualcuno non le ha versate o non sono state riscosse, allora diventa un residuo attivo. Se sono uscite, vuole dire che mi ero impegnato a spendere, però non le ho spese, perché probabilmente i lavori per i quali avevo impegnato queste somme non sono stati fatti o sono stati fatti in modo parziale, per cui non siamo arrivati a quell'ammontare previsto, accantonato, ma non speso, allora diventa un residuo che si porterà all'anno nuovo.

Se analizzo che cosa scrive il Presidente della Giunta - è il Presidente della Giunta che lo scrive, vero? - nel residuo attivo dice: 'I residui attivi determinati alla chiusura dell'esercizio 1994 in lire 633 miliardi - trascuro i rotti - risultano stabiliti - per effetto di maggiori e minori entrate verificatesi nel corso della gestione 1995 - in lire 544 miliardi.' L'italiano che cosa mi dice? A me che leggo e che conosco l'italiano, mi dice che all'inizio dell'anno dovevo incassare 633 miliardi, poi ho avuto maggiori o minori entrate nel corso del 1995 e alla fine dell'anno ho 544 miliardi, perché questo dice l'italiano, però il paragrafo successivo dice questo: 'I residui attivi al 31 dicembre 1995 ammontano complessivamente a lire 345 miliardi.', cioè non sono 544 miliardi, sono 345. Allora, sono 544 o 345? C'è sotto un prospetto che è di difficilissima comprensione, ma dal quale, attraverso delle righe, quasi inesistenti, si riesce ad intuire che c'è un gruppo di cifre che sommate insieme dà 345 e che i residui attivi dovrebbero essere 345, ma allora cosa centra 544? Credo che il Presidente della Giunta non l'abbia letto, perché se non si sarebbe posto le stesse domande che mi sono posto io, o sono 544 o sono 345.

Lo stesso si deve vedere all'art. 3, dove si dice che 'I residui passivi determinati alla chiusura dell'esercizio 1994 in lire 367 miliardi risultano stabiliti - per effetto di economie, perenzioni e prescrizioni verificatesi nel corso della gestione 1995 - in lire 342 miliardi.' Dice 367 e sono 342. Poi dice: 'I residui passivi sono 169'. Ma sono 342 o sono 169? Qui c'è un altro specchietto e si vede che sono 169.

Allora dico: o i bilanci si fanno perché siano incomprensibili, o i bilanci si fanno perché non si leggono, o se non queste, che sono evidenti distorsioni dell'italiano, fanno sì che uno legge e non capisce nulla e per poter arrivare a capire qualcosa deve fare una serie di analisi, valutazioni ed allora la trasparenza va a farsi benedire, resta il fatto che i residui attivi sono 345 miliardi e i residui passivi sono 169 miliardi, tutto il resto è un riempitivo inutile che porta fuori strada.

E' chiaro che oggi, che siamo all'8 luglio del 1997, andare a dare il nostro voto sul rendiconto dell'esercizio finanziario 1995 è veramente una perdita di tempo,

qualunque cosa decidessimo, il 1995 fa parte di un secolo fa e pertanto potremmo fare solo guai, non so perché si arriva nel luglio del 1997 a valutare il rendiconto dell'esercizio 1995, ma così va la burocrazia in Italia, questo è un ennesimo esempio di quello che significa la disfunzione burocratica, un'azienda è obbligata entro 4 mesi a chiudere l'esercizio, una Regione lo fa dopo 2 anni. E se noi lo bocciassimo che cosa succederebbe? Sono cose che alla mia mente di persona abituata a ragionare con i numeri fanno diventare matto. Noi, l'8 luglio del 1997, siamo chiamati ad approvare un rendiconto del 1995, è una cosa che dimostra come questo Stato, questa Regione, questo sistema siano basati sulle chiacchiere, sulla carta, sulle voci che non dicono niente.

Ma dai numeri, chi sa leggere i numeri, ci si rende conto dell'importanza di un sistema e di un ente e io, che sono abituato a leggere questi numeri, dico: che importanza ha questo ente? Risposta: zero. Collega Taverna, questo ente così fatto è quasi inutile, in un ente pubblico quello che conta non sono le entrate, sono le uscite, per che cosa spende questo ente, che nel 1995 ha avuto un bilancio di spesa di 341 miliardi - mi fermo ai miliardi, perché sono così tanti che gli altri sono noccioline -, su 341 miliardi ha avuto 286 miliardi di spese corrente e 56 miliardi di spese di investimenti, cioè questo ente spende oltre 300 miliardi per mantenere se stesso. Ha senso questo? Sono soldi buttati? Sono soldi inutili? Ma 300 miliardi non sono poca cosa, 300 miliardi sono 1 miliardo al giorno e noi buttiamo via, spendiamo, se non vogliamo usare il termine 'buttiamo via', 1 miliardo al giorno per fare che cosa? E' come la mela? Spendiamo 1 miliardo al giorno in spese correnti, qui capisco il SVP, che dice 'questo ente non serve a niente', ma la domanda è: serve o non serve? E' chiaro che così com'è strutturato, non potrei che dare ragione al SVP, però, a mio giudizio, con una situazione qual è quella attuale nel nostro Paese, è bene che esista, è bene che resti, è bene che non venga per il momento toccata, è l'unica salvaguardia che ha questa nostra Regione per mantenere le attuali possibilità di spesa, sperando che una Giunta più efficiente - parlo per Trento, ma anche per Bolzano, come Regione, della Provincia non mi interessa, non sono responsabile della Provincia di Bolzano, ma della Provincia di Trento e della Regione Trentino-Alto Adige sì - spero che due Giunte più efficienti potrebbero spendere meglio quelle enormi quantità di denaro che arrivano, 340 miliardi sono tanti e sono pochi, ma sono tanti se si spendono senza criteri.

E' interessante vedere nella relazione fatta dalla Corte dei Conti, non so se il Presidente della Giunta o qualcuno la legge, o si accontenta di dire: 'anche questa volta me l'hanno firmato', potrebbe essere un sistema anche quello, 'anche questa volta me l'hanno firmato, vuole dire che è andata bene, non hanno eccepito nulla, andiamo avanti così', ma si vede che si elogia il fatto che gli impegni di spesa che erano previsti in 382 miliardi sono poi risultati determinati in 341, dice: 'che bravi, hanno risparmiato 41,5 miliardi', dice la relazione della Corte dei Conti, la quale, come sappiamo, non è questa istituzione così valida come vorremmo noi che fosse, è anche quella una burocrazia che si ferma e si sofferma molto sulle parole e poco sui contenuti, ben altra dovrebbe essere la funzione della Corte dei Conti in uno stato moderno, ma da noi tutto è vecchio, tutto è fuori luogo, tutto è burocrazia inutile, anche la Corte dei Conti, questa Corte dei Conti che dice: 'ma che bravi, hanno avuto economia di gestione per 41,5 miliardi', ma da che

cosa è data questa economia di gestione? Vediamo alcune voci: tra le spese correnti le economie trovano la loro collocazione sui capitoli destinati al pagamento delle spese per il personale amministrativo degli uffici del giudice di pace, si è risparmiato 1,5 miliardi sugli uffici del giudice di pace; 1,5 miliardi su 4,8 miliardi, che era la spesa prevista, vuol dire un terzo in uno degli uffici che sarebbe più importante che funzionasse bene, i giudici di pace sono quei giudici che dovrebbero collaborare a far sì che la giustizia avesse uno sviluppo un po' più veloce nel tempo, allora aver risparmiato 1,5 miliardi su 4,8, cioè aver risparmiato un terzo, significa che in questo settore noi abbiamo fatto come nell'altra giustizia, cioè si è prevista una spesa e poi magari non si è assunto nessuno, non si sono dati gli uffici, non si sono messi i giudici di pace in condizione di lavorare. E' questo un vero risparmio, o è il solito menefreghismo?

Se vediamo le economie, sono tutte economie che non dipendono da una particolare attività di risparmio, 604 milioni dipendono dalla corresponsione al personale cessato dal servizio indennità, va bene, li abbiamo dati in meno, 544 domande di pensionamento anticipate sospese, e che merito è questo? % miliardi: mancato utilizzo del capitolo destinato alla concessione di contributi per favorire la fusione e l'unione dei comuni della Regione, non hanno fatto domande, a causa della mancanza di domande da parte dei comuni, vuole dire che non aveva nessun senso, non è un onore aver risparmiato questi soldi.

1,3 miliardi: risparmio nelle spese per le elezioni dei consigli comunali, che risparmio è? Si sono risparmiati 300 milioni per espletamento di corsi di preparazione alle funzioni di segretario comunale, sappiamo la storia del segretario comunale, all'ultimo momento si è scoperto che non c'erano i segretari comunali, 'se facciamo il corso dobbiamo aspettare un anno, perché i comuni non possono essere senza segretari, li mandiamo ignoranti', perché questo è stato il risultato, si sono risparmiati 300 milioni, però abbiamo i segretari comunali ignoranti, è un risparmio questo? Se questi corsi erano fatti per preparare persone incompetenti a svolgere con competenza il loro incarico di segretario comunale, non è un risparmio, è aver mandato degli ignoranti a fare i segretari comunali, è un risparmio? Ma se si era deciso di fare questi corsi, vuol dire che si pensava fosse meglio che questa gente si preparasse, in modo che i sindaci e gli assessori comunali avessero un supporto di un funzionario preparato ad evitare castronerie.

3,6 miliardi: economie sui fondi di riserva per le spese obbligatorie ed impreviste: se si è risparmiato 3,6 miliardi su spese obbligatorie, vuol dire che le spese impreviste non si sono verificate, perché se erano obbligatorie bisognava spenderli, non hanno nessun merito questi risparmi, vuol dire che non si sono previsti gli imprevisti ed allora si è risparmiato, è inutile dire 'che bravi, hanno risparmiato', non si sono verificati i motivi per i quali, se si verificavano, le spese erano obbligatorie.

Sul cap. 670 destinato alla copertura di provvedimenti legislativi non utilizzati: 13 miliardi, che bravi, si erano previsti 13 miliardi per provvedimenti legislativi, e non si sono previsti i provvedimenti legislativi, si sono risparmiati 13 miliardi.

Nel settore delle spese di investimento l'economia maggiore è quella realizzata sul fondo globale destinato alla copertura di provvedimenti legislativi, anche qui 10,8 miliardi, cioè su 41 miliardi 24 miliardi si sono risparmiati perché non si sono fatti i provvedimenti legislativi. Credo che ci sarebbe da vergognarsi a presentare un bilancio di questo tipo, cioè questa Regione, che ha poche competenze, tanti assessori, diciamoci la verità, gli assessori sono tanti, vorrei sapere, per esempio, l'assessore Chiodi, oltre al 'Chiodarellum', che ha fatto? Infatti appena si parla di quello se ne va, perché che cosa ci fa qui? Non ha nulla da fare, oltre tutto il 'Chiodarellum' non l'ha fatto lei, perché l'ha fatto una commissione...

*(interruzione)*

**BOLDRINI:** Lei ha fatto consulenze? Ma che cosa vuoi che consigli? Ha detto: 'Trovami la formula per ingannare lo Statuto della Regione Trentino-Alto Adige', che all'art. 25 dice: 'proporzionale, ti dò 30-40-100 milioni, abbiamo saputo quanto hanno dato alla commissione Paladin, per esempio, si può sapere? Penso che un centinaio di milioni sia andato alla commissione Paladin, fra prebende, viaggi, rimborso spese, alberghi. Allora, alla commissione Paladin che cosa ha detto la Chiodi? 'Tu mi devi trovare la motivazione giuridica per far sì che lo Statuto dice 'proporzionale' e tu mi fai il maggioritario e me lo devi giustificare' e il prof. Paladin glielo ha giustificato ed ha fatto il Chiodarellum. Ma nessuno è d'accordo, collega, perché se c'è scritto proporzionale non si può fare maggioritario, diceva Napoleone: 'posso fare qualunque porcheria, troverò sempre un giurista che mi dirà che era una cosa lecita' e la stessa cosa ha fatto la Chiodi, perché se la Chiodi o il Presidente Grandi mi danno la metà di quello che hanno speso, trovo un altro professore, altrettanto capace, che mi dice tutto il contrario, vogliamo scommettere, che lo trovo di sicuro?

Allora domando: tutti questi soldi che sono stati spesi per una cosa che non faremo mai, li vorrei addebitare all'assessore, è possibile farlo? L'assessore prende la prebenda, spende un centinaio di milioni per un disegno di legge che non passerà mai, contrario allo Statuto, e non ha da fare nulla, perché appena c'è qualcosa piglia e se ne va. Siccome fra assessori, Presidenti, Vicepresidenti, di lingua italiana, di lingua tedesca ce ne sono tanti in Regione, vediamo i compiti e quanto ha di spesa questa Regione.

Il 49,7% delle spese ce l'ha il Presidente, mi sembra giusto, il 50% lo spende il Presidente, 150 miliardi; il 33% l'assessorato alla previdenza sociale, l'assicurazione sociale, sarebbe sulle famiglie che non si riesce a spendere; il 10,9% l'assessorato alle finanze e al patrimonio; poi si scende, l'assessorato del Libro fondiario e Catasto il 2%, l'assessorato alla cooperazione si risale: 3,33%; gli enti locali 1,63%; l'assessorato per l'Accordo preferenziale Trentino-Alto Adige, Tirolo e Vorarlberg 0,05%; la domanda è se servono tutti questi assessorati per una gestione di una regione dove la capacità di spesa all'80% è obbligatoria e sulla quale gli assessori non possono decidere niente, l'80% delle spese correnti di retribuzione, servono? Quanti sono questi assessori? Sei, più il Presidente sono 7. Serve una Giunta di 7 persone, 'i magnifici 7'?

Ha ragione il collega Taverna, quando difendeva il cons. Casagranda, perché togliere? I magnifici sono 7, sono come le stelle dell'Orsa Maggiore e le corde della mia chitarra.

La Lega Nord che cosa pensa di questa Regione? La Lega Nord pensa che non sia inutile questa Regione e vede con spavento quell'inciuccio o quel biciuccio che si tenta di fare vendendo la Regione per una legge elettorale antidemocratica che dovrebbe vergognare il Presidente che l'ha firmata e che non passerà mai, malgrado il suo parere positivo - non avrebbe dovuto darlo, Presidente Grandi - a quella vergogna antidemocratica, disegno di legge proposto dall'assessore Chiodi, l'assessore Chiodi non ha proposto un disegno di legge serio, ha proposto un disegno di legge vergognoso, che difende solo una parte dell'Ulivo, che non avendo rappresentanza, perché non ha nessun elettore, cerca di mantenere attaccato al sedere una poltrona, che nessuno gli vuole più dare e ti inventa, attraverso uno studio comparativo delle possibilità, il 33% ci arrivo, tirando dentro i Popolari, i Verdi, i rossi, Solidarietà, e poi Rifondazione Comunista forse me la tiro dentro, ci arrivo con le ossa e con i denti, come Cipollini con il tonno, allora piglio il 51, arrivo al 33 e piglio il 51%; questa non è una proposta che avrebbe dovuto accettare, Presidente Grandi, per due motivi: primo, è antidemocratica e serve solo a salvare alcuni consiglieri che non sono più rappresentativi di nessuno, secondo, non passerà mai. Sapendo che non passerà mai, il leader di una Giunta non la approva, sono due errori gravissimi, che pagherà il Presidente Grandi di persona, perché posso anche fare uno strappo - io non lo farei mai - a una regola finalizzata a qualcosa, ma questo disegno di legge, questo Chiodarellum, non passerà mai!

E allora perché l'avete fatta passare, perché l'avete portata avanti? Dov'è il disegno politico? Per accontentare quattro rossi stinti, si sono stinti, ma se li gratti sotto c'è il comunismo, un vergognoso comunismo che nel Trentino nessuno vuole, che aumenterà del 50%, perché se gli va bene passano da 2 a 3, se gli va bene, perché se gli va male da 2 a 1, e visto come si comportano a Roma penso che gli andrà male, e il Presidente Grandi li avvala, vergogna, Presidente Grandi, e la pagherà cara anche lei, perché non si possono portare leggi non giuste, ma fatte a abiti su misura un anno e mezzo prima che si indossino, fra un anno e mezzo la taglia è cambiata e può darsi che quell'abito vada bene a qualcun altro, allora come si mette la faccenda? Se lo prendesse la Lega il 51% con il 33%? Oh, questo demonio! Il demonio c'è, è presente, e più si inciucciano a Roma e più la Lega ingrassa, e siccome si inciucciano, fanno le cene, vanno a casa di questo sulle terrazze e fanno porcherie anche a Roma, restiamo qua, e si cresce, ma non vogliamo vincere con questa roba e pertanto non la voteremo mai, anche se forse tornerebbe comodo a noi, e sappiamo già che non passa.

Allora, Presidente Grandi, prima il collega Taverna diceva: 'questa delibera è stata bocciata in Commissione legislativa', ma il Chiodarellum è stato passato con 3 voti a favore e 4 astensioni, ma si può presentare una riforma elettorale così importante, che può cambiare il sistema politico, sia della Provincia di Trento che della Provincia di Bolzano, con 3 voti a favore e 4 astensioni? Il buon senso, quando si porta una delibera importante non può essere portata a colpi di 3 sì e 4 astensioni, o si trovano 7 che dicano sì o non si porta avanti un provvedimento, non si può portare un provvedimento di questo tipo, con 3 sì e 4 astensioni, le 4 astensioni sono state dei partiti più importanti,

tra l'altro, perché la Chiodi chi rappresenta? Nell'Alto Adige non rappresenta nessuno, se guardiamo com'è il potere della Regione, il PDS Trentino più Alto Adige non rappresenta nessuno, se arriva al 5% è tanto fra l'uno e altro, il PPI trentino - non è tirolese, solo Partito Popolare del Trentino - se non trova casa non rappresenta più nessuno, troverà casa, ma si chiama 'Partito Popolare', in qualche popolare ci andrà, ma come Partito Popolare Trentino non rappresenta nessuno. Allora, i due partiti che contano, il SVP e il PATT, si astengono, ma si può portare avanti una legge che è votata favorevolmente dal 5% della popolazione del Trentino-Alto Adige? Ha senso? E puntare i piedi per arrivare al 51% ha senso? Ma i numeri, il fatto di rappresentare la gente, non conta nulla? Si vuole vendere una legge voluta dal 5% della popolazione e venderla per tutta la popolazione, ma come è possibile? E il buon senso, Presidente Grandi? Si può portare avanti un disegno di legge così impegnativo, così devastante?

L'art. 25 dello Statuto dice che qui, nella Regione, si vota con il sistema proporzionale e loro spaccano la Regione in due distinti sistemi, uno per la Provincia di Trento e uno per la Provincia di Bolzano, chi sta facendo questa rivoluzione? Il 5% degli elettori! E il buon senso? Non si firmano, questi disegni di legge, si dice alla signora Chiodi: 'piglia la macchina e vattene via', tanto lo fa lo stesso. Non si porta avanti questo disegno di legge, quando si sa che anche quelli che si astengono al momento del voto voteranno contro; quando si sa che il partito di maggioranza relativo di questa Regione Trentino-Sudtirolo è il partito di maggioranza che dice: 'finché c'è la Regione non si spaccano i due sistemi elettorali', l'ha già detto in mille salse, 'o voi mi fate spaccare la Regione, o non si spaccano le due forme elettorali'. E voi, allora, per salvaguardare gli interessi di qualche percentuale di qualche frazione, spaccate la Regione. Che senso ha? Come è pensabile di poter illudere se stessi, gli altri, fare perdere tempo a noi, leggere tutti i giorni sui giornali la cronaca di una sceneggiata: ieri ho detto che al Presidente Andreotti daranno il premio 'Merola '97', a Grandi daranno il premio 'trasformismo', 'Hudini '97', ma come è possibile? Qui noi siamo a discutere del bilancio del 1995, ed è un bilancio che dimostra la povertà di questa Regione, sia in termini di fattibilità, sia in termini di possibilità di incidere, ma deve restare questa Regione nell'interesse delle due Province, finché la Bicamerale continua a fare inciucci che non porteranno a niente, perché anche la Bicamerale non porta a nulla, si fermerà a mezza strada, è completamente nel guado, il 'Berlusca' ha voluto salvare D'Alema per i suoi interessi privati, ma poi lo molla inevitabilmente, per cui cadrà questa Bicamerale, che non ha prodotto niente e su questa Regione non ha detto niente che non ci sia già.

Allora il SVP, che voleva l'abolizione della Regione, giustamente dice: 'finché la Regione esiste, non si cambiano i sistemi elettorali', ma questo è il buon senso che lo dice, non lo dice il SVP, lo dice il buon senso che finché esiste una Regione e vengono eletti rappresentanti regionali, è inevitabile che i rappresentanti regionali devono essere eletti con lo stesso sistema, ma come si fa di pensare di eleggere con sistemi diversi? Non siamo consiglieri provinciali, siamo consiglieri regionali prestatati alle Province, allora se siamo consiglieri regionali, siamo tutti eletti con lo stesso sistema, ma questo è ovvio, come si fa a eleggere consiglieri regionali di una stessa Regione con due sistemi diversi? E' follia pensare queste cose, ed è follia basare una

Giunta sulla realtà così fantomatica di pretendere che dei consiglieri regionali di una stessa Regione vengano eletti con due sistemi diversi, prima bisognerà cambiare lo Statuto e dire: 'non sono più consiglieri regionali, sono consiglieri provinciali prestati alla Regione', siamo consiglieri regionali prestati alle Province, e i consiglieri regionali vengono eletti con due sistemi diversi! Ma questa è follia, e come fa il Presidente Grandi ad accettare questa follia, sono queste le cose che non riesco a capire, perché è giusto difendere la propria sedia ed il proprio grado, ma non per difendere la sedia o il grado si deve diventare matti ed accettare le cose più mostruose, perché questo è un 'monstrum', una vergogna. Eppure andiamo avanti, ed oltre tutto è una vergogna che sarà sconfitta, ecco l'altro punto, e come si presenterà all'elettorato chi ha portato la Giunta ad una vergogna che sarà sconfitta? Si dovrebbe presentare come l'ammiraglio che ha comandato l'incrociatore che è andato in Albania, che appena è andato a finire sulle secche è tornato a casa e si è dimesso, perché se sono comandante di un incrociatore e questo va sulle secche, devo assumermi la responsabilità, perché il comandante non è mica solo perché ha i gradi sul cappello, o perché a fine mese ha la busta paga più pesante, il comandante risponde di quello che fa l'unità che comanda, se porto una nave sulle secche, bisogna che dia le dimissioni, perché come comandante ho fallito la mia missione, allora se porto la Giunta sulle secche di una legge che non sarà mai votata, che vuol dire 'spacchiamo la Regione' e sono il Presidente della Giunta che deve difendere la Regione, perché questo è il controsenso, il Presidente della Giunta cosa fa? Difende la Regione. E che legge propone? Una legge che spacca la Regione. Ma siamo impazziti? E chi la presenta? Lui, il suo compagno Holzer e il proponente Chiodi! Il 5% di rappresentanza del Trentino-Alto Adige, e il 95% contrario, e lo rappresenta il rappresentante della Regione. E dove sarebbe? Più in là? Ma si va più in là!

Allora, Presidente Grandi, non sarebbe bene che lei invitasse il suo assessore a ritirare questo disegno di legge ed andarsene a casa, ha preso la macchina, la lasci a Trento, non la faccia più venire, metta a Salorno una trappola, dei chiodi che buchino, si chiama Chiodi, basta che si stenda lei, buca la macchina e non viene più qui, perché non prende la palla al balzo: 'oggi te ne sei andata, ti licenzio'. Dottor Grandi, le ho dato un consiglio da amico, prenda la palla al balzo e licenzi la Chiodi, oggi, le ritiri la delega, prenda la Chiodi e la mandi via, sarebbe il modo per dimostrare l'attaccamento alla Regione, perché il Presidente Grandi va sulle secche con la nave e quando è andato sulle secche di un disegno di legge che non porterà mai in aula, che fine farà? Farà come l'ammiraglio? Prima di fare la fine dell'ammiraglio, perché non manda via la Chiodi, che siamo tutti più contenti? Ecco un punto, perché la Chiodi non se ne va, si chiamasse Passerini! Passerini se ne è andato, va bene che Andreotti spera che ritorni, ha voluto 7 giorni di tempo, alle domestiche si danno 8 giorni, all'assessore se ne sono dati 7...

*(interruzione)*

**BOLDRINI:** Questo non lo so, resta il fatto che secondo me non torna, però il collega Passerini ha avuto il coraggio di andarsene, la collega Chiodi non se ne va, nemmeno se

il suo Chiodarellum glielo bocciano, allora bisogna mandarla via, sarebbe una liberazione per il Trentino ed anche per l'Alto Adige e il Presidente si farebbe un grande merito di dire: 'ci siamo liberati dai rossi', perché si è travestita da ulivo e oggi si è messa in verde, ma dentro è rossa, come il cocomero, verde fuori e rosso dentro.

Presidente Grandi, in questo clima rilassato si possono anche esprimere dei concetti seri in modo rilassato, non c'è bisogno di arrabbiarsi, questo non vuol dire che non siamo preoccupati, siamo molto preoccupati, perché vediamo che siamo qui tutti bloccati sia in Regione che in Provincia da una riforma che non si farà mai, e questa riforma blocca tutti i lavori sia della Regione che della Provincia di Trento e questo ci preoccupa molto, per fortuna che c'è stato il buon senso del Presidente del Consiglio che ha deliberato di mandare avanti la discussione sui bilanci e sulla finanziaria, altrimenti questa terna o quaterna di giorni - perché sono 4 i giorni che dobbiamo stare qui - sarebbe passata in discussione di una legge che probabilmente non passerà in Provincia, perché anche quello, la Giunta provinciale che ha varato la legge di Bondi sarà bocciata dalla stessa Giunta provinciale, nella quale si trova una serie di persone che non la vuole, ma se viene bocciata qui, e quindi non permette di arrivare a Trento, evita una figuraccia all'ennesima, va bene che sono abituati, hanno una faccia di bronzo che ci rimbalzano le monete, sono abituati a fare le figuracce, per cui una figuraccia in più o una in meno non gliene importa nulla, vanno al Mediocredito e votano contro e perdono, una cosa di una vergogna unica, posso comprendere di votare contro e vincere, ma perdere è una vergogna!

Detto questo, il nostro atteggiamento sul disegno di legge è negativo. Il collega Taverna, che è simpatico e per il quale ho molta ammirazione, ogni tanto salta fuori con delle cose che fanno perdere il lume dell'intelletto, quando per esempio mi dice che la proposta di Fini e Berlusconi è stata una proposta seria, è una proposta da bocciare, perché non è stato un inciucio, ma un 'biciuccio' con D'Alema, quando propongono un semipresidenzialismo dove al Presidente della Repubblica non si dà nessun potere e dopo la prima elezione vanno a votare sui primi due raggruppamenti, questo è un biciuccio, non passerà mai, in questo biciuccio si inserisce la Regione Trentino-Alto Adige...

*(interruzione)*

**BOLDRINI:** Non passerà mai, salterà tutto, perché sui biciucci salta tutto, il biciuccio, tra l'altro, ha avuto Berlusconi con le frequenze, ma questa è un'altra storia...

*(interruzione)*

**BOLDRINI:** I tre sono squalificati e loro andranno a finire male, detto questo voto no.

**Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT**: Ich möchte die Diskussion nicht irgendwie belasten oder verkürzen, aber mir kommt vor, daß ihr angesichts der Vergangenheit, die es betrifft und der Verpflichtungen, die wir heute vormittag eingegangen sind, nämlich bis spätestens morgen abends oder letzter Termin bis Donnerstag abends alle diese Dokumente abzuschließen, im Verhältnis dazu in dieses Dokument zu viel Zeit investiert. Ich mache nur darauf aufmerksam und alles andere müssen Sie entscheiden.

Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ**: Ich darf Sie gleich widerlegen. Wichtiger sogar als alle Voranschläge sind die Fakten. In den Haushaltsvoranschlägen kann man alles mögliche unterbringen, kann man alle möglichen Dinge planen, aber wichtiger ist eigentlich das, was dann heraus kommt. Da glaube ich muß man sich bei der Rechnungslegung 1995 schon ein bißchen länger aufhalten als üblich, Herr Präsident, denn es sind andere Zahlen als üblich. Ich habe bereits den ersten Teil meiner Stellungnahme am Vormittag gehalten und ich möchte noch einige Dinge vertiefen.

Vorredner Boldrini hat gemeint, daß kein Abgeordneter den Rechnungshofbericht gelesen hat und daß vielleicht auch der Präsident oder der Ausschußpräsident den Bericht nicht gelesen hat. Ich nehme zur Kenntnis, Präsident Grandi, er hat ihn gelesen. Da heißt es auf Seite 14 des Berichtes folgendermaßen über die vermögensrechtlichen Aspekte der Gebarung: „Aus der Überprüfung der Vermögensrechnung der Region Trentino-Südtirol ergibt sich, daß die Vermögensrechnung für das Jahr 1995 eine Vermögensverschlechterung von 86,3 Milliarden ausweist.“ Das muß man erst einmal zusammenkommen lassen. Und zwar steht hier dann: „97,8 Milliarden aus der Finanzverschlechterung und insgesamt 11,5 Milliarden aus verfügbarer und nicht verfügbarer Aktiva abzüglich der verschiedenen Passiva“, weil Vorredner Boldrini davon gesprochen hat, wie salbungsvoll dieser Bericht sei. Wenn man dann aber genauer hinsieht und gründlicher liest, dann sieht man, daß das Salbungsvolle zwar in den ersten Seiten erfolgt, wo die Rede ist von der Rechtmäßigkeit dieser Rechnungslegung und von der Rechtmäßigkeit der Gebarung, aber vom Verwalterischen her ist es sicher kein Lob und ist es sicher keine Schmeichelei wenn hier der Rechnungshof anführt, daß diese Finanzverschlechterung und die Vermögensverschlechterung stattgefunden haben und in welchem Ausmaß. Weiter heißt es hier: „Diese Verschlechterung ist die Folge des Überhangs der Aktiva gegenüber der Passiva. Ein Überhang, der sich von 748,8 Milliarden im Jahr 1994 auf 662,5 Milliarden im Jahr 1995 vermindert hat, woraus sich eben eine Differenz von 86,3 Milliarden ergibt. Während zu Beginn der Finanzgebarung eine Aktiva von 1.116,7 Milliarden und eine Passiva von 387,8 Milliarden mit einem Überhang von 748,9 Milliarden zu verzeichnen war, belief sich die Aktiva am Ende der Finanzgebarung auf 832,3 Milliarden und die Passiva auf 169,7 Milliarden mit einem Überhang von 662,6 Milliarden. Die aufgezeigte Verschlechterung von 86,3 Milliarden rührt von der Summe der Buchungsbewegungen im Haushalt, nämlich minus 43,6 Milliarden, vom Saldo der tatsächlichen Erhöhungen und von den Verminderungen bei den Vermögensposten, minus 58,5 Milliarden sowie von den Vermögensgeschäften her, die sich auf den

Haushalt auswirkten, plus 6,8 Milliarden.“ Also hier sieht man schon, daß das nicht alles so zum bestem steht.

Ich komme auf eine andere Stelle, auf Seite 9, wo die Analyse der Endergebnisse der Ausgaben niedergeschrieben ist. Dort finden wir den Titel "Verwaltungsmäßige Klassifizierung" und hier hören wir folgendes: „Die verwaltungsmäßige Klassifizierung bezieht sich auf die Aufteilung der Ausgaben, auf die von den verschiedenen Assessoraten verwalteten Rubriken.“ Sie zeigt auf, daß 49,7 %, also fast die Hälfte der Ausgaben, das Präsidium des Regionalausschusses betreffen. Mag schon sein, daß davon auch unsere Gehälter bezahlt werden, aber trotzdem sind die fast 50% der Ausgaben, die vom Präsidium des Regionalausschusses getätigt werden, doch eine sehr stolze Summe. Dann kommen die Aufschlüsselungen, aber ich will nicht alles verlesen was Sozialfürsorge, Sozialversicherungen betrifft, was Finanzen und Vermögen betrifft usw. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Ich will nur sagen, ein breites Lob enthält dieser Bericht des Rechnungshofes auch wieder nicht, so wie es hier angeklungen ist.

Wir haben heute vor allem über die politische Ausrichtung gesprochen. Wir merken es hier an der Situation, alle reden davon oder so viele reden davon, daß ohne die Region das und das nicht möglich wäre, daß ohne die Region sozusagen die Welt in diesem Gebiet zusammenbrechen würde. Wir sehen aber auch, daß sich die Mehrheitsparteien nicht zusammenraufen können. Das ist auch eine Tatsache und wenn wir hören aus den Medien, daß es ein letztes Angebot und dann ein letztes Aufgebot gibt von seiten der Regierungsmitglieder, daß sie sich immer noch nicht geeinigt haben im Zusammenhang mit diesem Wahlgesetz, dann muß man ganz einfach sagen, entweder oder. Beide Parteien oder alle Partner zusammen - die Regierung ist ja derzeit aus mehreren Kräften zusammengesetzt - wissen nicht wie es weitergehen soll, und zwar vor allen Dingen aufgrund dieser Mehrheitenbeschaffungsgesetze. Es ist ganz klar, daß man sich hier eine konkrete Mehrheit beschaffen will, d.h. mit weniger Stimmen mehr Sessel. Das ist einfach vom Demokratieverständnis her und auch vom Verständnis der Bürgervertreter her ein Ding der Unmöglichkeit. Ich denke man hat hier jedes politische Schamgefühl verloren, wenn man auf diese Idee kommt und einfach das durchziehen will, nämlich mit weniger Stimmen mehr Sitze zu erobern. Insgesamt läuft es darauf hinaus. Dann muß man sagen stimmt es ganz einfach mit der Grundlinie nicht mehr d.h. einigermaßen ehrliche Politik zu machen und das kann man nicht mehr als ehrliche Politik verstehen.

Was hat das alles eigentlich mit der Rechnungslegung 1995 zu tun? Weil sich genau diese Dinge dort schon abgespielt haben im Zusammenhang mit einem anderen politischen Thema und einem politischen Argument z.B. dem Argument des Föderalismus. Seit etwa zwei Jahren geht ein Mitglied dieser Regionalregierung in ganz Südtirol herum, hausieren, wie wichtig die direkte Demokratie sei. Und siehe da, wenn ein Antrag hier vorgelegt und dann darüber abgestimmt wird, dann will dieser Herr auf einmal nichts mehr von direkter Demokratie wissen. So ist es mit anderen großen Widersprüchen. Ich habe angedeutet das Föderalismusprinzip. Wie hat die Regierung auch 1995 noch diesen Föderalismus beschworen und es wird dann anlässlich des

Nachtragshaushalt die Gelegenheit - ich habe die Unterlagen hier - geben, die entsprechenden Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses für den Haushaltsvoranschlag zu hören. Dann werden wir die Gelegenheit haben, das was im Nachtragshaushalt dann konkret herauschaut zu vergleichen mit den Prospekten, mit den Programmen und so auch für 1995, was man alles vorhatte und gerade eben was man da in Hinsicht politische Bürgervertretung, politische Moral gesagt hat und was wir uns erwartet haben. Von dem allen ist eigentlich nicht mehr viel übriggeblieben.

Ich möchte auf ein anderes Thema kurz zu sprechen kommen, weil das auch mit der Rechnungslegung zu tun hat. Grundbuch und Kataster. Besonders 1995 haben sich die Notare beklagt, daß man mit den Grundbucheintragungen fast zweieinhalb Jahre in Verzug sei. Ich hätte ganz gerne eine konkrete Antwort auf die Frage, wieviel aufgeholt worden ist von diesen Rückständen, denn das hat eine ganz große Rechtsunsicherheit mit sich gebracht. Man kann sich vorstellen, es gibt Leute, die Besitz ankaufen und innerhalb von 2 Jahren wieder verkaufen. Das kann man nicht verurteilen. Man kann auch davon ausgehen, daß nicht immer nur Immobilienspekulation dahinter ist wenn gekauft und verkauft wird. Aus diesem Grunde wäre das auch eine ganz konkrete und praktische Frage in diesem Zusammenhang, denn was nützen uns die schönen EDV-Programme, die neuen Meßgeräte, die neuen Investitionen gerade im Grundbuch- und Katasteramt, wenn es dann immer noch diese Rückstände bei der Registrierung, bei den Eintragungen gibt.

Ein anderes Thema wäre die Verwaltung selber. Heute ist Regionalassessor Franz Pahl nicht da, aber ich hatte ihn mehrmals gefragt, wie es nun mit der Gerechtigkeit und mit dem Proporz und mit der Zweisprachigkeit des Personals beim Regionalausschuß bestellt sei. Er hat die Liste ausgehändigt, daß eben von soundso vielen möglichen Leitungsstellen nur sehr wenige von Angehörigen der deutschen Muttersprache besetzt sind, es gibt einen ganz großen Überhang bei den italienischen Vertretern und daß es mit der Zweisprachigkeit des Personals immer noch nicht so weit her sei. Auch das wäre eine interessante Frage, denn auch 1995 ist das Kapitel der Schulung und Sprachkurse angegeben und es wäre einmal interessant zu erfahren, welches Ergebnis das erbracht hat, welche Verbesserung das erbracht hat auch hinsichtlich des Jahres 1995. Nicht nur hinsichtlich des Jahres 1995, denn so etwas muß man sicher auch längerfristig sehen, daß sich nicht innerhalb eines Jahres weiß Gott was zum besseren ändert, aber Ansätze dafür müßten zumindest erkennbar sein. Über die soziale Thematik hatte ich bereits am Vormittag gesprochen. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, daß die Union für Südtirol, damals noch die Kollegen Benedikter, Gerold Meraner und ich, einen ersten Entwurf eingebracht hatte betreffend die Übernahme des Sozialvorsorgeinstitutes INPS. Das war damals als leere Schachtel abgetan worden und man sieht jetzt so langsam, daß die Idee doch so manch anderen reizt und überzeugt hat und so erwarten wir uns - wenn es von unserer Seite schon eine leere Schachtel ist - daß es dann andere bringen und daß es dann keine leere Schachtel mehr ist, sondern daß sich diesbezüglich tatsächlich etwas tut. Hier kann man nicht der einen Seite der Bevölkerung weismachen wollen, daß man weiß Gott was ändere und bis zum Schluß bleibt dann so wenig übrig. Wir waren davon ausgegangen, daß vor all

diesen Maßnahmen, auch vor der Gemeindeordnung und vor allem vor dieser Wahlordnung die Sozialmaßnahmen kämen, das Sozialpaket, also die Anpassungen der Hausfrauenrente an die Bedürfnisse, die anderen Maßnahmen zu Gunsten der Familien und der sozial schwächeren Menschen. Davon hört man nichts mehr. Wovon jetzt nur noch die Rede ist, das ist dieses Wahlgesetz. Es scheint, daß das Sozialpaket der Arbeitnehmer untergegangen ist. Ich bin gespannt darauf ob dann in der Nachtragshaushaltsdebatte genau von dieser Richtung dann auch jemand das Wort ergreifen wird, um zu sagen was nun also los ist. So wie es aussieht, wird man im September eine lange Weile mit diesem Wahlgesetz, das jetzt schon irgendwo zirkuliert, beschäftigt sein. Ob es dann noch zum Sozialpaket reicht, das ist fraglich. Wie lange will man damit dann noch warten. Das war angeblich die dringendste Maßnahme und nun hat man sich wohl wieder der Parteiräson untergeordnet, daß die Kriterien, wer morgen welchen Posten inne hat, wichtiger sind als die sozialen Maßnahmen. Es geht gerade zu dieser Rechnungslegung rein von den Zahlen her eine ganze Menge noch zu sagen. Dieses ganze Buch hier durchzugehen wäre sicherlich ein Ding der Unmöglichkeit, weil hier auch die Sitzungsabfolge dicht gedrängt ist, aber wir wissen aus der Fülle dieser Kapitel und vor allen Dingen aus der letzten Übersicht, die wir ja heute vormittag besprochen haben und auf die der Regionalratsausschusspräsident eingegangen ist, wie es um den Haushalt 1995 bestellt war.

Die Rechnungslegung sagt uns dies mit diesem starkem Überhang der Aktiva, mit diesen starken Finanzverschlechterungen und Vermögensverschlechterungen, die wie gesagt auch im Rechnungshofbericht verzeichnet sind. Es wundert mich, daß niemand von den Mehrheitsvertretern in der zuständigen Gesetzgebungskommission das Wort ergreift und auch kein anderer Mehrheitsvertreter, um hier zu sagen, wie wir das jetzt nun halten sollen. Ich habe es Vormittag kurz angedeutet, dieser Gesetzentwurf hat in der Kommission eine einzige Ja-Stimme erhalten, 3 Nein-Stimmen und 2 oder 3 Enthaltungen. Was sagt die Mehrheit dazu? Was sagen diese Mehrheitskommissare dazu? Ich möchte sehr gerne wissen, wie ein solches Ergebnis zustande kommt. Aber vor allen Dingen wäre das doch jetzt eine Neuheit, daß in einer Kommission, in der 13 Mitglieder sitzen, nur 2 von der Mehrheit sind. Interessiert sie das alles nicht? Interessiert sie nicht wie der Regionalrat gewirtschaftet hat? Dann muß man die Frage stellen, es sind ja Steuergelder, interessiert es sie nicht wie die Steuergelder ausgegeben werden? Ist das gleichgültig? Das möchte ich einmal hören, denn die Steuerzahler draußen interessiert es sehr wohl, wie wir hier wirtschaften, was gemacht wird und was nicht. Ich ersuche hier die Mehrheit, wenn sie nur einen Funken Anspruch darauf erheben will ernst genommen zu werden, daß sie uns sagt, was wir zu halten haben von dieser Bilanz 1995, wie die Steuergelder verwaltet und ausgegeben worden sind. Das möchten wir hier wissen und darauf habe ich bis jetzt vergeblich auf eine Antwort gewartet. Weder Abgeordneter Feichter noch Alessandrini sind da, andere Mehrheitsvertreter der Kommission kenne ich nicht. Infolgedessen ist auch das alles bereits ein untrügliches Zeichen dafür, daß zwar alle reden über diese Region und so tun als wäre sie wichtig. Aus den Fakten aber geht hervor, daß sich im Grunde genommen niemand darum kümmert, zumindest aus den Reihen der Mehrheit

nicht. Daß es kaum einen interessiert, was hier schwarz auf weiß steht, welche Mängel hier angedeutet werden, welche Vorwürfe erhoben werden, das ist anscheinend sowieso nur für das Protokoll gedacht. Infolgedessen ist es wahrscheinlich schwer, noch einmal aufzufordern, daß man hier von seiten der Mehrheit klar dazu Stellung nehmen soll und auf unsere Vorwürfe endlich eingehen soll, um zu erklären, wie es zu dieser Finanzverschlechterung und Vermögensverschlechterung gekommen ist und wie man diese wieder zu beseitigen gedenkt, denn so kann man mit Steuergeldern nicht wirtschaften. Da muß man sich darum bemühen, solche Verschlechterungen zumindest für die nächste Zeit zu verhindern.

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Qualcun altro intende intervenire in discussione generale, prima di dare la parola al Presidente della Giunta?

Si è iscritto a parlare il collega Minniti. Prego.

**MINNITI:** Volevo chiedere se è possibile rinviare a domani questo intervento, visto che ritengo di ampliare il contenuto dello stesso nell'arco dei 60 minuti che ho a disposizione, inoltre è sempre antipatico interrompere il proprio intervento, dovendolo riprendere magari la giornata successiva, trovandosi a ripetere le stesse questioni per riprendere il filo del discorso. Chiedo un gesto anche di comprensione in questo senso da parte della Presidenza per evitare che un domani ci si trovasse di fronte ad una situazione di ripetizione, altrimenti sono anche disponibile ad iniziare questo intervento.

**PRESIDENTE:** Collega Minniti, lei sa che non possiamo creare troppi precedenti, anche perché ci siamo dati degli orari, a mezzogiorno ho capito che a 14 minuti dalla chiusura dei lavori antimeridiani era giusto andare a pranzo, ma credo che creeremmo dei precedenti e lei metterebbe in difficoltà il Presidente se insistesse nel chiedere di chiudere i lavori, li ho già chiusi con 15 minuti di anticipo a mezzogiorno, credo lei possa utilizzare questi 18 minuti, domani mattina avrà la possibilità di terminare, anche per non creare dei precedenti, perché ogni momento sarebbe l'occasione per chiedere la sospensione dei lavori e credo che qui di lavoro ne abbiamo talmente tanto da fare, che non posso accettare questa richiesta di sospendere i lavori alle ore 17.42, perciò la prego di iniziare il suo intervento, lei domani avrà la possibilità di utilizzare tutto il tempo previsto dal regolamento. Prego, collega.

**MINNITI:** Va bene, signor Presidente. Mi trovo costretto vista la poca sensibilità in questo senso da parte della Presidenza a comprendere anche le ragioni altrui, ma lo dico senza alcuna intenzione di polemizzare, tutt'altro, è una constatazione che faccio, così come è una constatazione che si ripete quasi quotidianamente le volte che c'è il Consiglio...

*(interruzione)*

**PRESIDENTE**: La interrompo, collega. Credo che siamo tutti uomini di parola. So che il dibattito è molto interessante, non intendo tagliare i tempi, sono consapevole che abbiamo dei punti all'ordine del giorno molto importanti, ci siamo impegnati a portarli a termine, lei sa che domani è prevista una seduta notturna...

*(interruzione)*

**PRESIDENTE**: Il Presidente si riserva di decidere domani mattina se fare la notturna, così era stato concordato nella Conferenza dei capigruppo.

Vedo che l'aula si sta spopolando e comprendo che...

*(interruzione)*

**MINNITI**: Volevo solo chiarire che non era intenzione di fare ostruzionismo alcuno da parte nostra, volevo che fosse chiara questa cosa.

**PRESIDENTE**: Le credo, se non le credessi sicuramente non le avrei tolto la parola; domani mattina avrà modo nel suo intervento di approfondire tutta una serie di concetti.

Chiudo qui i lavori, il Consiglio è convocato per domani mattina.

La seduta è tolta.

(ore 17.45)

## INDICE

## INHALTSANGABE

**Dimissioni** del consigliere regionale Sergio Muraro da membro della II<sup>a</sup> Commissione legislativa e provvedimenti conseguenti

pag. 4

**Disegno di legge n. 73:**  
Rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1995 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 4

**Interrogazioni e interpellanze**

pag. 54

Rücktritt des Regionalratsabgeordneten Sergio Muraro als Mitglied der 2. Gesetzgebungskommission und nachfolgende Maßnahmen

Seite 4

**Gesetzentwurf Nr. 73:**  
Allgemeine Rechnungslegung für die Finanzgebarung 1995 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 4

**Anfragen und Interpellationen**

Seite 54



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

|   |      |      |
|---|------|------|
| <b>PINTER Roberto</b><br>( <i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i> )   | pag. | 3-8  |
| <b>GRANDI Tarcisio</b><br>( <i>Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.</i> )                                  | "    | 4    |
| <b>IANIERI Franco</b><br>( <i>Gruppo Misto</i> )  | "    | 5    |
| <b>KLOTZ Eva</b><br>( <i>Gruppo Union für Südtirol</i> )  | "    | 6-47 |
| <b>GASPEROTTI Guido</b><br>( <i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i> )   | "    | 9-10 |
| <b>BENEDIKTER Alfons</b><br>( <i>Gruppo Union für Südtirol</i> )  | "    | 14   |
| <b>KURY Cristina Anna</b><br>( <i>Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc</i> )                            | "    | 20   |
| <b>MORANDINI Pino</b><br>( <i>Forza Italia - C.D.U.</i> )   | "    | 24   |
| <b>TAVERNA Claudio</b><br>( <i>Gruppo Alleanza Nazionale</i> )  | "    | 28   |
| <b>BOLDRINI Lelio</b><br>( <i>Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per<br/>l'indipendenza della Padania</i> ) | "    | 39   |
| <b>MINNITI Mauro</b><br>( <i>Gruppo Alleanza Nazionale</i> )  | "    | 52   |